

Aargauer Wirtschaft

Zeitschrift des Aargauischen Gewerbeverbands



AGV-Parolen – Abstimmungen November 2025

Der Aargauische Gewerbeverband (AGV) hat folgende Parolen für die bevorstehenden Abstimmungen gefasst:

Abstimmungen vom 30. November 2025

Service-citoyen-Initiative **NEIN**
Initiative für eine Zukunft **NEIN**

Bürgerliche erobern in den Städten Terrain zurück

Eine gewerbepolitische Analyse der Kommunalwahlen vom 28. September 2025.

➤ Seite 12

Höchste Zeit für tiefere Kantonssteuern

Senkt das Parlament ab 2026 den Kantonssteuerfuss?

➤ Seite 14

Neue AGV-Strategie im Trockenen

Ein Rückblick auf die Delegiertenversammlung vom 22. Oktober 2025.

➤ Seite 16



BÜROKRATIE

Einerseits steht Bürokratie für Verlässlichkeit, Struktur und die geregelte Organisation eines funktionierenden Staates. Ohne sie wären Verwaltung, Sicherheit oder soziale Gerechtigkeit kaum denkbar. Andererseits gilt sie als Sinnbild lähmender Langsamkeit, endloser Formulare und komplizierter Vorschriften. Zwischen Effizienz und Überforderung, zwischen Notwendigkeit und Nervenkostüm bewegt sich der tägliche Umgang mit dem bürokratischen System.

INSIDE



Erste Rückmeldungen zu administrativen Entlastungen

Eine Zwischenbilanz der Standortförderung Kanton Aargau.

➤ Seite 4



Die Bürokratie ist das Unkraut im Staat

Wie der sgV die Bürokratie bekämpft.

➤ Seite 5



Wenn der Staat zum Bremsklotz wird

NR Stefanie Heimgartner zur Bürokratie im Alltag.

➤ Seite 9

ERFOLGREICH?
AB 50 DARFS AUCH GOLD SEIN

GygaX
Uhren
Schmuck
Erfahren
gyga.com
5100 Aarau

TERMIN
BUCHEN

**Ihr regionaler Partner
für eine zielgerichtete
Kommunikation**

**effinger
medien**

Ein Mitglied der
SCELLENBERGGRUPPE

**Räder, Rollen,
Transportgeräte
und Exoskelette**

**Onlineshop
www.fta.ch**

**Ihre Partnerin für
Ihr KMU**

Kurze Entscheidungswege sind unsere Stärke.

Jetzt mehr erfahren unter:
www.hbl.ch/firmen

**Hypothekbank
Lenzburg**

Vertrauen verbindet. www.hbl.ch



**einfacher wachsen:
mit unseren
kmu-lösungen.**

valiant.ch/kmu

wir sind einfach bank.

valiant

INHALT

- 4 Erste Rückmeldungen aus der Praxis
- 5 Die Bürokratie ist das Unkraut im Staat
- 6 Bürokratie im digitalen Zeitalter
- 7 Bürokratie – wenn der Werkzeugkasten vor lauter Formularen verstaubt
- 8 So machen Behörden uns das Leben schwer
- 9 Bürokratie im Alltag – wenn der Staat zum Bremsklotz wird
- 10 Bürokratie – ein Balanceakt in der Elektrobranche
- 11 Zunahme der Behördenbürokratie für Aargauer KMU
- 12 Bürgerliche erobern in den Städten Terrain zurück
- 14 Höchste Zeit für tiefere Kantonssteuern
- 16 Neue AGV-Strategie im Trocken
- 22 Stillstand im Aargau?
- 25 Das Gewerbe bleibt das Rückgrat des Aargaus
- 27 Korrekt kündigen

Thema im Januar/Februar:
Nutzfahrzeuge

Thema im März:
Effizienz

BÜROKRATIE GEFÄHRDET DIE WIRTSCHAFTLICHE FREIHEIT UND INNOVATIONSKRAFT

«Bei der Eroberung des Weltraums sind zwei Probleme zu lösen: die Schwerkraft und der Papierkrieg. Mit der Schwerkraft wären wir fertig geworden.»
Wernher von Braun

Bürokratie, Regulierung und Reformbedarf in der Schweiz

Bürokratie und Regulierung haben sich in den letzten Jahren zu zentralen politischen Themen entwickelt. Während im Ausland populistische Bilder wie die «Kettensäge» von Javier Milei oder Elon Musk die Schlagzeilen prägen, wird in Europa und auch in der Schweiz zunehmend erkannt, dass ein Übermass an Regulierung Wirtschaft und Verwaltung lähmt. Auch in der Schweiz zeigt sich eine besorgniserregende Entwicklung. Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen sind gravierend: Studien schätzen, dass Regulierungskosten rund 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen – etwa 80 Milliarden Franken jährlich. Parallel dazu ist der öffentliche Sektor überproportional gewachsen: In Städten wie Basel, Bern und Zürich stieg die Zahl der Verwaltungsstellen seit 2011 um über 20 Prozent. Untersuchungen belegen ineffiziente Strukturen, Doppelspurigkeiten und mangelnde Anpassung an technologische und gesellschaftliche Veränderungen. Trotzdem fehlt vielerorts der politische Wille, Reformen konsequent umzusetzen.

Bürokratie immer noch Nr. 1 im Aargauer KMU-Sorgenbarometer

Ein radikaler «Kettensägen»-Ansatz wie im Ausland wäre dem Schweizer Staatswesen jedoch fremd. Statt Aktionismus braucht es institutionell verankerte, kontinuierliche Lösungen. Vorgeschlagen werden etwa eine Personalbremse für den öffentlichen Sektor oder eine jährliche «Löschwoche», in der überholte Vorschriften überprüft und abgeschafft werden.

Das Verschieben von Belastungen reicht nicht: Es braucht einen sofortigen Bürokratiestopp

Der Schweizerische Gewerbeverband (sgv) unterstützt die vom Bundesrat angekündigte Strategie zur Stärkung der Standortattraktivität und zur regulatorischen Entlastung. Er fordert aber rascheres Handeln und einen echten Bürokratiestopp: Neue Belastungen sollen nicht nur verschoben, sondern vollständig gestrichen werden, wenn kein klarer Nutzen nachweisbar ist. Besonders im Bereich der Nachhaltigkeitsvorgaben entstehen für KMU hohe Zusatzkosten, ohne dass messbare Vorteile entstehen. Übermässige Bürokratie schmälert Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft. Neben der Deregulierung sollen Freihandelsabkommen zügig ratifiziert und modernisiert sowie digitale Plattformen geschaffen werden, die KMU den Zugang zu Märkten erleichtern.

KMU rasch und konsequent entlasten

Die Schweiz muss ihre traditionell schlanke Verwaltung bewahren und zugleich aktiv entschlacken. Nur durch strukturelle Reformen, gezielte Digitalisierung und konsequenten Abbau überflüssiger Vorschriften kann die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft langfristig gesichert werden – ohne die institutionelle Stabilität des Landes zu gefährden.



Urs Widmer
Geschäftsführer AGV

IMPRESSUM Mitteilungsblatt für die Mitglieder des Aargauischen Gewerbeverbands, 20. Jahrgang

printed in
switzerland

Herausgeber AGV Aargauischer Gewerbeverband, Gewerbehaus, Entfelderstrasse 19, 5000 Aarau, Telefon 062 746 20 40, Fax 062 746 20 41, E-Mail agwi@agv.ch

Redaktion Urs Widmer, Geschäftsleiter AGV, Marianne Kamm, Geschäftsleiter-Stv. AGV, Benjamin Giezendanner, Präsident AGV, Eveline Frei

Beiträge Thierry Brem, Urs Furrer, Stefanie Heimgartner, Pascal Hufschmid, Fabian Käufeler, Oliver Knick, Mathias Küng, Maja Mattle-Greminger, Miniunternehmen «Knurr», David Müller, Katrin Oestmann, Chris Regez, Verena Rohrer, Dr. Hans Schibli, Désirée Stutz

AGV Aargauischer Gewerbeverband Auflage 11 000 Ex. Erscheinungsweise: 12-mal pro Jahr, Nachdruck unter Quellenangabe gestattet,

Belegexemplare erbeten **Layout** Effingermedien AG, Dorfstrasse 69, 5210 Windisch **Druck** DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1, 8045 Zürich

Anzeigenverwaltung DaPa Media Vermarktungs GmbH, Luzernerstrasse 22, 5620 Bremgarten, Telefon 056 648 86 99, www.dapamarkt.ch, agwi@dapamarkt.ch

Inserateschluss am 25. des Vormonats **Besuchen Sie uns im Internet:** www.agv.ch

Adressänderungen an agwi@agv.ch



ADMINISTRATIVE ENTLASTUNG:

ERSTE RÜCKMELDUNGEN AUS DER PRAXIS

Seit Herbst 2024 können Unternehmen im Kanton Aargau über ein Onlineformular Vorschläge zur administrativen Entlastung einreichen. Ziel ist es, unnötige Hürden abzubauen, Prozesse zu vereinfachen und die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und den Unternehmen weiter zu verbessern. Nach rund einem Jahr zieht die Standortförderung Kanton Aargau eine Zwischenbilanz.

Erste Rückmeldungen und Themenfelder

Rund 20 Meldungen sind bisher eingegangen. Sie zeigen, dass Unternehmen den Dialog aktiv nutzen und wertvolle Hinweise aus der Praxis liefern. Die Bandbreite der Rückmeldungen reicht von branchenspezifischen Anliegen bis zu allgemeinen administrativen Themen. Einige Vorschläge betreffen Themen, die in der Verantwortung von Branchenverbänden liegen. In diesen Fällen sind es die Verbände, die mit dem Kanton nach Lösungen suchen und entsprechende Gespräche führen. Die Standortförderung hat bei diesen Meldungen die zuständigen kantonalen Stellen kontaktiert, grundsätzliche Veränderungen kann hingegen der Branchenverband anstossen. Wenn mehrere Unternehmen ähnliche Herausforderungen teilen, ist es sinnvoll, solche Anliegen über den Verband zu bündeln, breiter abzustützen und so die Chance auf Anpassungen zu erhöhen.

Andere Rückmeldungen beziehen sich auf gesetzlich geregelte Themen. Hier kann die Verwaltung keine direkten Anpassungen vornehmen; zielführender ist es, den politischen Weg zu wählen. Über Grossrätinnen und Grossräte können Anliegen im Kanton Aargau oder auf Bundesebene über Mitglieder des National- und Ständerats eingebracht werden.

Ein weiteres Thema betraf statistische Erhebungen, die von Unternehmen als aufwändig empfunden werden. Diese fallen allerdings in die Zuständigkeit des Bundes. Auf nationaler Ebene laufen derzeit Digitalisierungsprojekte, die künftig Erleichterung bringen sollen.

Konkrete Themen aus den Meldungen

Ein wiederkehrendes Anliegen betrifft Bauvorhaben: Der Wunsch nach einheitlichen Baugesuchsformularen und kürzeren Bearbeitungszeiten wurde mehrfach geäussert. Diese Themen werden nun in einem separaten Prozess unter der Federführung des Departements Bau, Verkehr und Umwelt (BVU) behandelt, an dem auch der Aargauische Gewerbeverband beteiligt ist.

Weitere Hinweise betreffen Lohnabrechnungsprozesse oder unterschiedliche Prozessverständnisse zwischen Betrieben und Verwaltung. Hier konnten erste Gespräche zur Klärung gestartet werden.

Die Standortförderung dankt sich bei allen Unternehmen, die bereits Ideen oder Kritik eingebracht haben und lädt dazu ein, weiterhin konkrete, konstruktive und umsetzbare Vorschläge einzureichen. Administrative Entlastung ist ein gemeinsamer Prozess, der dann am besten gelingt, wenn Verwaltung, Politik und Wirtschaft zusammenarbeiten.

Hier finden Sie das Formular für Ihre Vorschläge:

Dialog fortsetzen

Hier finden Sie das Formular für Ihre Vorschläge:

Hier finden Sie das Formular für Ihre Vorschläge:



Verena Rohrer

Leiterin Standortförderung
Kanton Aargau



DIE BÜROKRATIE IST DAS UNKRAUT IM STAAT

Bürokratie bekämpfen ist wie Unkraut jäten: Man wird nie fertig. Es ist eine Daueraufgabe, der sich der Schweizerische Gewerbeverband (sgv) angenommen hat. Unter anderem hat der sgv das Unternehmensentlastungsgesetz (UEG) angestossen. Dieses ist vor einem Jahr in Kraft getreten.

Stand zum Unternehmensentlastungsgesetz

Das UEG verpflichtet den Bund, bei neuen und bestehenden Regulierungen Entlastungspotenziale zu nutzen, Regulierungskosten für Unternehmen zu schätzen, KMU nicht übermässig zu belasten und Erlasse klar und bürgerfreundlich zu formulieren.

Wie steht es heute, ein Jahr nach Inkrafttreten des UEG, um die Umsetzung? Was fehlt? Und wo drohen weitere Regulierungen?

Derzeit werden, gestützt auf das UEG, vier Bereiche auf Entlastungsmassnahmen geprüft: öffentliches Beschaffungswesen, Pharmaregulierung, Möglichkeiten zur Einsprache bei Bauprojekten und Regulierung industrieller Betriebe. Weitere Bereiche kommen 2026 an die Reihe.

Es braucht eine Regulierungsbremse

Was aber noch fehlt, ist eine Regulierungsbremse. Eine solche scheiterte 2023 im Parlament. Der sgv hat deshalb einen neuen Anlauf genommen und aus den Reihen der Gewerbekammer vier Motionen im National- und Ständerat veranlasst. Die Motionen fordern eine unabhängigere Regulierungskostenschätzung und eine KMU-Regulierungsbremse. Demnach muss das SECO künftig alle Regulierungskosten eines Gesetzesentwurfs schätzen. Überschreiten die Kosten eine bestimmte Schwelle, wird die Bremse ausgelöst. Das, indem im Parlament ein qualifiziertes Mehr erreicht oder in einem anderen Gesetz

eine konkrete Entlastung beschlossen werden muss.

Referendum bremst Regulierungen

Eine bremsende Wirkung auf Regulierungen hat auch das Referendumsrecht. Dieses wird durch die neuen Verträge zwischen der Schweiz und der EU tendenziell beschränkt. Denn mit der dynamischen Rechtsübernahme werden EU-Verordnungen in der Schweiz direkt anwendbar. Und gegen eine Verordnung kann kein Referendum ergriffen werden. Selbst wo für die Rechtsübernahme noch ein Gesetz erlassen werden muss, wird die Wirkung des Referendums eingeschränkt. Denn: Ist das Referendum erfolgreich, kann die EU in einem beliebigen Binnenmarktabkommen Ausgleichsmassnahmen ergreifen. Das schwächt die Wirkung des Referendums als Regulierungsbremse.

EU-Verträge als Chance und Risiko

Die direkte Anwendbarkeit von EU-Verordnungen kann ein Einfallstor für komplizierte EU-Regeln sein. Diese müssen auch von KMU angewendet werden, die ausschliesslich im Schweizer Markt tätig sind. Das erhöht die Kosten für Beratung, Schulung, Kontrolle und Dokumentation. Für Konzerne mit grossen Compliance-Abteilungen ist das weniger ein Problem als für KMU.

Auf der anderen Seite bringen die neuen EU-Verträge administrative Erleichterungen wie die Aktualisierung der Anerkennung von Zertifikaten. Das ermöglicht Schweizer KMU den Marktzugang zur EU zu tieferen Kosten.

Bedingungen zur Bürokratieverhinderung

Die Schweizerische Gewerbekammer hat beschlossen, die Tür für das EU-Vertragspaket offenzulassen, eine Zustimmung aber von Bedingungen abhängig zu machen. Dazu gehören unter anderem ein KMU-Entlastungspaket inklusive Regulierungsbremse,

die Gewährleistung des Referendumsrechts bei der dynamischen Rechtsübernahme und eine markante Senkung der Lohnsumme in der Verwaltung. Denn je grösser die Verwaltung ist, desto mehr Bürokratie gibt es.

Die Gewerbekammer bestimmt

Nächste Etappe sind die Beratungen im Parlament. Diese werden kaum vor 2027 abgeschlossen sein. Erst danach ist eine Parole zu fassen. Mit den beschlossenen Bedingungen hat die Gewerbekammer einen Referenzrahmen verabschiedet, an dem sie sich dann wird orientieren können. Somit wird die Gewerbekammer be-

urteilen, ob die Bedingungen genügend erfüllt sind und den Verträgen inklusive Umsetzungserlassen zugestimmt werden soll oder nicht.



Urs Furrer

Direktor Schweizerischer Gewerbeverband (sgv)

sandona gmbh

Unternehmensberatung · Personalvermittlung
Verbandsmanagement



www.rentnerjobs.ch

Sandona GmbH
Forstackerstrasse 2a
CH-4800 Zofingen
www.sandona.ch

FON +41 62 752 05 85
info@sandona.ch

**Standortvorteil.
Auf Ihrer Seite.**

uta-immobilien.ch

UTA IMMOBILIEN ist im Aargau verwurzelt und kennt den Markt aus erster Hand. Ob Verkauf, Vermietung oder Eigentumsverwaltung – mit UTA IMMOBILIEN an Ihrer Seite profitieren Sie von umfassender Expertise, qualifizierter Betreuung und partner-schaftlichem Engagement. Wir sind Ihre Immobilien-Partnerin mit Standortvorteil.

Ihre Partnerin in der Region:
in Baden, Menziken,
Frick und Kleindöttingen

UTA IMMOBILIEN



BÜROKRATIE IM DIGITALEN ZEITALTER

Nur weil etwas digital bzw. elektronisch gemacht werden kann, heisst das noch lange nicht, dass es keinen Aufwand darstellt. Digitalisierung kann Prozesse effizienter machen, aber der Aufwand verschiebt sich einfach: statt manueller Arbeiten kommen komplexe Software-Architekturen und kontinuierlicher Support dazu. Dass die Digitalisierung ihre Tücken hat, das weiss man in Bundesbern aus eigener Erfahrung. Der «Beobachter» nannte die Bundesverwaltung 2020: Digitale

Dinosaurier in Bern, und die «NZZ» titelte 2021: Warum scheitern digitale Projekte des Staats? Der Bund kann Digitalisierung nicht.

SP und Finanzen

Dennoch forderte die Walliser Cellistin und SP-Nationalrätin Estelle Revaz jüngst, dass die Schweiz nach dem Vorbild von Estland, die e-Residency für Unternehmen einführt. Eine staatlich ausgestellte digitale Identität, mit der Ausländerinnen und Ausländer die digitalen Dienste der Schweiz weltweit nutzen können, ohne Schweizer Boden betreten zu müssen. Wahrscheinlich ganz nach dem Motto «Wunder sind möglich», wie Estelle Reva von ihrer Partei zitiert wird.

Für 67,5 Millionen Euro

Unter dem Titel «So sollen Ausländer hier Firmen gründen können – ohne je einzureisen» schreibt der «Blick» am 11. Oktober 2025: «Allein 2023 brachte das dem Land rund 67,5 Millionen Euro ein». Wenn man die Steuereinnahmen von den besagten 120 000 virtuellen Unternehmen auf

die einzelnen Unternehmen herunterbricht, ergibt sich lediglich ein Betrag von 560 Euro pro Unternehmen.

IT-Debakel in der Bundesverwaltung

Was bringt uns die e-Residency unter solchen Voraussetzungen, insbesondere im Hinblick auf die zahlreichen IT-Debakel in der Bundesverwaltung? Am 9. Juli 2025 konnte man in «20 Minuten» lesen, dass der Bundesrat dem Parlament 2021 mitgeteilt habe, dass sich die Gesamtkosten der Erneuerung des Zentralen Migrationsinformationssystem, in dem die Datensätze von Ausländerinnen und Ausländern gespeichert werden, auf rund 66 Millionen Franken belaufen würden. Vier Jahre später habe das Staatssekretariat für Migration nun gegenüber Radio SRF bestätigt, «dass die Kosten mittlerweile auf 193 Millionen explodiert sind.»

Bessere Alternativen

Im Vergleich zu den grössten steuerzahlenden Unternehmen in der Schweiz, sind diese 67,5 Millionen

Euro nicht nachhaltig gedacht. Der Kanton Aargau alleine nahm im Jahr 2021 gemäss Steuerstatistik 337 Millionen Franken an Unternehmenssteuern ein. Mit Abstand am meisten dazu beigetragen hat der Bezirk Baden mit seinen über 7300 Firmen. Sogar die Mindeststeuer für Unternehmen, die sich je nach Kanton zwischen 100 und 900 Franken bewegt, stellt eine bessere Einnahmequelle dar als die e-Residency.

In grossen Dimensionen

Bei den Steuereinnahmen lohnt es sich, in grossen Dimensionen zu denken. Wenn der mittlere Jahreslohn in der Bundesverwaltung bei rund 120 000 Franken für ein Vollzeitpensum liegt, reichen 67,5 Millionen Euro nicht aus, um den Beamtenapparat zu finanzieren – Effizienz und IT harmonisieren ganz offensichtlich nicht gut miteinander in Bundesbern. Ein Notenblatt ist nun einmal keine Jahresrechnung. Dem Cello ist es egal, wie viele Zahlen auf den Seiten stehen, solange der Bogen sauber über die Saiten gleitet und der Klang stimmt.



Eveline Frei
Redaktionsmitglied
«Aargauer Wirtschaft»

Neujahrs-Apéro 2026

Mittwoch, 7. Januar 2026, 18.00 Uhr
im kultur & kongresshaus aarau

Der Aargauische Gewerbeverband lädt Sie herzlich zum traditionellen Neujahrs-Apéro ein. Das AGV-Team freut sich, Sie am 7. Januar 2026 begrüssen zu dürfen!

Gerne nehmen wir Ihre Anmeldung bereits jetzt entgegen unter:
www.agv.ch/NJA26



BÜROKRATIE – WENN DER WERKZEUGKASTEN VOR LAUTER FORMULAREN VERSTAUBT

In der Gebäudetechnik wird heute mehr Zeit mit Paragraphen als mit Projekten verbracht. Was früher ein Handwerk mit gesundem Menschenverstand war, ist heute oft ein Hindernislauf durch Vorschriften, Nachweise und digitale Doppelspurigkeiten. Wer in dieser Branche Verantwortung trägt, weiss: Der Leistungsdruck ist real – und er wächst.



Ob Lehrbetrieb, Planungsbüro oder ausführendes Unternehmen – überall dasselbe Bild: Checklisten, Erklärungen, Kontrollrapporte. Einfache Entschiede brauchen plötzlich Genehmigungen, Nachweise und Verfahrensschritte, die kaum noch jemand versteht. Anstatt praktisch zu arbeiten, Lehrlinge auszubilden und innovative Lösungen für Energieeffizienz und Nachhaltigkeit umzusetzen, kämpfen wir mit Formularfluten, Schnittstellenproblemen und Software, die mehr verwaltet als hilft.

Natürlich braucht es Regeln. Aber wenn sie zum Selbstzweck werden, verliert das System seine Wirkung. Wer auf der Baustelle steht, weiss: Realität und Regulierung passen im-

mer seltener zusammen. Ein Installateur soll heute gleichzeitig Fachmann, Umweltjurist, IT-Administrator und Qualitätsmanager sein. Kein Wunder, dass viele Betriebe an ihre Grenzen kommen.

Besonders absurd wird es, wenn Förderprogramme, Zertifizierungen oder Bewilligungen genau jene hemmen, die eigentlich vorwärts machen wollen. Der Wille zur Nachhaltigkeit ist da – aber er erstickt oft in Bürokratie.

Wir müssen den Mut haben, das anzusprechen. Bürokratie ist kein Naturgesetz. Sie ist menschengemacht – und kann auch wieder reduziert wer-

den. Es braucht Vertrauen statt Misstrauen, digitale Vereinfachung statt digitaler Verkomplizierung, Verantwortung statt Verregelung.

Die Gebäudetechnik steht mitten in der Energiewende, im Fachkräftemangel, im Umbruch der Bauwelt. Wenn wir gleichzeitig im Formularstau stecken, wird uns der Fortschritt überholen. Wir müssen wieder dorthin zurück, wo Handwerk, Innovation und Verantwortung zählen – nicht nur das richtige Kreuz an der richtigen Stelle.

Wer wirklich will, dass die Schweiz klimafit und zukunftssicher bleibt,

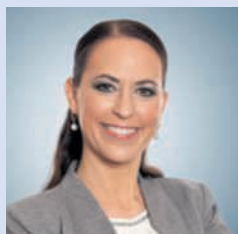
muss die Bürokratie entflechten. Damit wir wieder tun können, was wir am besten können: **bauen, statt bürokratisieren.**



Fabian Käufeler
Präsident Suissetec Aargau



INNOVATIONSTIPP FÜR KMU



Maja Mattle-Greminger

Technologie- und Innovationsexpertin, akkreditierte Mentorin Innosuisse

HTZ-Expertise bereichert auch Innosuisse, die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung

Expertinnen und Experten des Hightech Zentrum Aargau (HTZ) nutzen ihr Netzwerk und ihre Fähigkeiten auch als Mentorinnen und Mentoren für Innosuisse. Bereits seit 2019 gehört Marco Romanelli zum Team. Dieses Jahr im Juli wurde Maja Mattle neu akkreditiert, beworben hatten sich 500 Personen für die 20 offenen Stellen. Das Team aus 41 Mentorinnen und Mentoren unterstützt schweizweit KMU und Start-ups dabei, neue Innovationsideen zu prüfen, passende Forschungspartner zu finden, die richtigen Fördergefässe zu identifizieren und Anträge dafür über die Förderplattform von Innosuisse zu stellen.

Dass Marco Romanelli und Maja Mattle im Mentoring-Team mitarbeiten, ist für beide Seiten ein Gewinn: Innosuisse kann auf Know-how und ein grosses persönliches Netzwerk zurückgreifen. Das HTZ, das als kantonale Institution der Innovationsförderung in der Schweiz eine Vorbildfunktion hat, profitiert vom Austausch und der Nähe zu Innosuisse; ein grosser Vorteil also auch für all jene, die innovative Ideen mit Unterstützung des HTZ umsetzen möchten.

Weitere Infos:

hightechzentrum.ch > Angebot > Förderung





SO MACHEN BEHÖRDEN UNS DAS LEBEN SCHWER

Apotheker und FDP-Politiker Lukas Korner-Wyss aus Gränichen hält fest: «Mit bürokratischen Schikanen ist das Bundesamt für Gesundheit der grösste Hemmschuh für die Apotheken.»

INTERVIEW:

OLIVER KNICK, KNICK.MEDIA

Patientinnen und Patienten möchten einfach ihre Medikamente. Wie reagieren sie auf die vielen Lieferengpässen?

Lukas Korner: Sie staunen und zeigen glücklicherweise oft Verständnis. Wenn sie aber wüssten, was hinter den Kulissen passiert, würden sie erst recht mit dem Kopf schütteln.

Was meinen Sie damit?

Damit der Ersatz für ein fehlendes Medikament gemäss den Vorschriften des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) von den Krankenkassen bezahlt wird, müssen die Apotheken zuerst abklären, ob es in der Schweiz ein alternatives Medikament mit dem gleichen oder ähnlichen Wirkstoff gibt. Letztens fehlte ein Antidepressivum. Die Apotheken mussten jede Patientin und jeden Patienten einzeln zum Arzt zurückschicken, damit dieser entweder eine Alternative verschreibt oder die Notwendigkeit für den gleichen Wirkstoff bestätigte.

Und wenn der Arzt auf dem fehlenden Medikament besteht?

Erst dann dürfen wir das Medikament im Ausland beziehen. Beim Antidepressivum war es genauso.

Das ist doch im Sinne der Kundschaft, oder?

Ja, so dachte ich auch. Nur kommt jetzt das Irre: Ab dem Moment, in dem ein Medikament in der Schweiz wieder lieferbar ist, dürfen wir den im Ausland gekauften Bestand nicht mehr verkaufen. Zurückschicken geht auch nicht. So müssen wir wertvolle



Lukas Korner, Mitinhaber Apotheke Gränichen AG, Vorstandsmitglied Apothekerverband Aargau

Medikamente vernichten, die vor kurzem noch fehlten.

Haben die Lieferanten keine Meldepflicht bei Lieferengpässen?

Wir merken einfach im Bestell-Prozess, dass der Grossist nicht liefern kann. Wir bekommen weder eine Begründung noch eine Angabe, wie lange das Medikament fehlen wird.

Könnten Sie das fehlende Medikament nicht selbst herstellen?

Das machen wir oftmals, wenn der Bezug über das Ausland nicht möglich ist. Wir rechnen nach der vom BAG verordneten Arzneimittelliste mit Tarif (ALT) ab. Doch es gibt Krankenkassen, die alle genehmigten Arbeitsschritte überprüfen. Das wäre an

sich kein Problem, aber sie tun es nicht selbst, sondern wir müssen diese Arbeit für sie übernehmen. Das kostet uns stundenlange Arbeit, trotz Fachkräftemangel.

Dürfen Apotheken die Ärzte eigentlich direkt mit Medikamenten beliefern?

Das ist ein heikler Punkt. In der Schweiz wird zwischen Herstellern, Grosshändlern und Abgabestellen unterschieden. Für alles, was ich in der Apotheke dem Patienten direkt weitergebe, brauche ich eine Detailhandelsbewilligung. Wenn ich das gleiche Medikament dem Arzt verkaufe, das ich am gleichen Ort bestelle, brauche ich aber eine Grosshandelsbewilligung. Selbst wenn es sich nur um Ausnahmesituationen handelt, darf ich kein Medikament,

das ich mit der Detailhandelsbewilligung eingekauft habe, dem Arzt weitergeben. Ein Umbuchen ist ebenfalls nicht gestattet. Ich muss also zwei Systeme führen und noch eine von Swissmedic zertifizierte Grosshandelsbewilligung erwerben. Der Witz dabei ist: Alle Medikamente müssen gleich gelagert werden. Es macht also keinen Unterschied für die Sicherheit, kostet aber nur zusätzlich viel Zeit und Geld.

Gibt es in der Schweiz darum so unendlich viele Grosshändler?

Genau! Wir haben in der Schweiz mehr als 1000 Grosshändler. Die arbeiten sehr regional und lagern die Medikamente auch nicht anders als wir in der Apotheke.

Apropos Lager: Wo bewahren Sie Ihre Dokumente auf?

Auch so eine Sache! Wir müssen Rezepte 20 Jahre physisch aufbewahren, obwohl wir sie einscannen. So benötigen wir zwei Kellerräume als Papierlager. Raum, der für Sinnvolles verloren geht. Aber das ist noch nicht alles. Nehmen wir als Beispiel ein Rezept für ein zentral stark wirkendes Betäubungsmittel. Dieses muss in drei Durchschlägen ausgestellt werden: Das blaue muss der Arzt aufbewahren, das rosafarbene die Krankenkasse und das weisse wird in der Apotheke gelagert. Ein solches Rezept ist drei Monate gültig, dann muss ein neues ausgestellt werden. Auch dieses muss in dreifacher Ausführung an drei verschiedenen Orten für 20 Jahre aufbewahrt werden. Ich frage mich, ob tatsächlich alle schon im 21. Jahrhundert angekommen sind.

BÜROKRATIE IM ALLTAG – WENN DER STAAT ZUM BREMSKLOTZ WIRD

Wer in der Schweiz ein Unternehmen führt, weiss: Die Bürokratie wächst schneller als jedes Geschäft. Ich erlebe das täglich – nicht nur als Nationalrätin, sondern vor allem als Transportunternehmerin. Wir wollen arbeiten, liefern, Werte schaffen. Doch immer häufiger stehen wir im Stau, nicht auf der Strasse, sondern im Papierkrieg.

Ich verbringe unzählige Stunden mit Formularen, Bewilligungen und Nachweisen, die kaum einen praktischen Nutzen haben. Von ständig neuen Vorschriften über Sicherheitsnachweise bis hin zu Umweltauflagen. Jede einzelne Vorschrift mag für sich gerechtfertigt klingen, aber in der Summe lähmen sie unsere Wirtschaft.

Ein Beispiel aus dem Alltag:

Bei uns im Betrieb brauchen wir inzwischen bei fast jedem zweiten Kranauftrag eine Bewilligung, weil wir für kurze Zeit einen Teil der Strasse sperren müssen. Und genau hier zeigt sich das Problem. Jede Gemeinde handhabt es anders: Bei der einen läuft es über die Polizei, bei der anderen über die Bauverwaltung. Mal kostet es etwas, mal nichts. Mal geht es schnell, mal dauert es ewig.

Früher hat man einfach noch den gesunden Menschenverstand angewendet: Man hat angerufen, informiert, Rücksicht genommen und gearbeitet. Heute wird man von Stelle zu Stelle verwiesen, bis man irgendwann das Gefühl hat, man brauche einen Anwalt, nur um einen Kran aufzustellen. Das ist doch absurd!

Ein weiteres Beispiel betrifft den Führerausweis:

Braucht ein Chauffeur aus irgendeinem Grund einen neuen Ausweis, bekommt er automatisch auch eine neue Ausweisnummer. Diese stimmt dann aber nicht mehr mit der Nummer auf dem Fahrerqualifizierungsnachweis überein, und schon muss dieser ebenfalls, natürlich kostenpflichtig, neu bestellt werden. Man fragt sich ernsthaft, weshalb solche obligatorischen Nachweise für Berufschauffeure nicht einfach über den Führerausweis oder die Fahrerkarte geregelt werden können. Statt Vereinfachung schafft der Staat zusätzliche Hürden, ohne jeden Mehrwert für die Verkehrssicherheit.

Gerade im Transportgewerbe, das von Tempo, Effizienz und Zuverlässigkeit lebt, spüren wir solche Absurditäten hautnah. Wenn ein Fahrer für jede Grenzüberfahrt ein neues Dokument braucht oder wenn Kontrollen

je nach Kanton unterschiedlich ausgelegt werden, dann wird Unternehmertum zum Hindernislauf. Viele kleinere Betriebe geben auf, nicht weil sie schlechte Arbeit leisten, sondern weil sie im Bürokratie-Dschungel keine Luft mehr bekommen.

Der Staat scheint das Vertrauen in seine Bürgerinnen und Bürger verloren zu haben

Statt Eigenverantwortung zu fördern, wird alles bis ins Detail geregelt. Und gleichzeitig sollen wir ständig «digitaler» werden, doch die Digitalisierung wird oft als Vorwand genutzt, um noch mehr Daten abzufragen und neue Plattformen zu schaffen, die keiner versteht. Was früher ein Formular war, ist heute ein Online-Portal mit zehn Login-Schritten.

Als Unternehmerin will ich nicht jammern, ich will arbeiten

Doch wir müssen ehrlich sein: Jeder überflüssige Stempel, jede Doppelspurigkeit, jede unsinnige Kontrolle kostet Geld, und zwar das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Bürokratie ist nicht gratis. Sie frisst Zeit, Nerven und Wettbewerbsfähigkeit.

Die Schweiz lebt vom Mittelstand, von KMU, von Leuten, die anpacken. Wenn wir sie mit immer neuen Vor-

schriften überfordern, gefährden wir unsere eigene Grundlage. Deshalb setze ich mich im Parlament konsequent dafür ein, dass neue Gesetze eine klare Bürokratiebremse erhalten: Keine neue Vorschrift ohne den Abbau einer alten. Kein neues Formular ohne klaren Mehrwert. Und keine Digitalisierung, die den Menschen ersetzt, statt ihn entlastet.

Wir brauchen wieder Vertrauen statt Misstrauen. Wer ein Unternehmen führt, soll sich auf seine Arbeit konzentrieren können, nicht auf die nächste Kontrolle. Bürokratieabbau ist kein Luxus, sondern eine Überlebensfrage für unseren Wirtschaftsstandort.

Die Schweiz soll wieder das Land der Macherinnen und Macher sein, nicht das Land der Formulare.



Stefanie Heimgartner
Nationalrätin und Präsidentin
ASTAG Sektion Aargau

AGV-AGENDA / JAHRESPLANUNG

Wichtige Termine – bitte in Ihren Kalendern, Outlook usw. vormerken. Weitere Details (Einladungen) werden zur gegebenen Zeit auf www.agv.ch und in einer der nächsten Ausgaben der Mitgliederzeitung publiziert. Die Gewerbevereine und Berufsverbände werden gebeten, verschiedene Termine in ihre eigene Jahresplanung aufzunehmen und bei der Planung von eigenen Anlässen zu berücksichtigen.

JAHRESPLANUNG 2026

Januar 2026

Mittwoch, 7.1.2026

Neujahrs-Apéro, 18 Uhr, KUK Aarau

Donnerstag, 23.4.2026

Aargauer Wirtschaftstag mit Verleihung
Aargauer Unternehmenspreis 2026,
17 Uhr, Emil Frey Classic Center Safenwil

April 2026

Donnerstag, 23.4.2026

Frühlings-Delegiertenversammlung 2026,
14 Uhr, Emil Frey Classic Center Safenwil



BÜROKRATIE – EIN BALANCEAKT IN DER ELEKTROBRANCHE

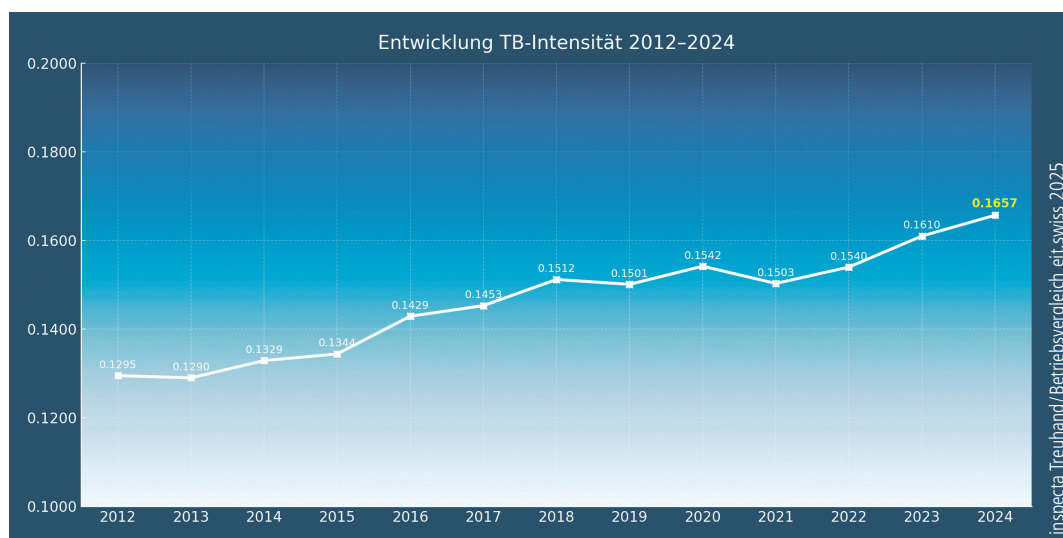
Die Elektrobranche befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Als Inhaber eines Elektroinstallationsbetriebs im unteren Aaretal mit rund 45 Mitarbeitenden erlebe ich täglich, wie sich unser Beruf verändert. Digitale Systeme schaffen neue Möglichkeiten im Wohnungsbau, steigern Komfort und Energieeffizienz. Gleichzeitig treiben die Energiewende und die nationalen Klimaziele unsere Branche an. Elektroinstallationsbetriebe sind dabei entscheidend: Wir sind am Ende der Kette jene, die dafür sorgen, dass Gebäude effizient betrieben und Energieflüsse intelligent gesteuert werden.

Die fortschreitende Digitalisierung in Unternehmen, die Dekarbonisierung unserer Energieversorgung, die zunehmende Elektrifizierung von Mobilität und Wärme sowie der wachsende Einsatz künstlicher Intelligenz werden den Strombedarf weiter erhöhen. Damit wächst unsere Verantwortung, eine sichere und stabile Versorgung zu gewährleisten – unabhängig von Nachbarländern. Die Branche ist bereit, diesen Beitrag zu leisten. Doch dafür braucht es Fachkräfte und engagierte Menschen, die bereit sind, die anstehenden Aufgaben mit Leidenschaft anzugehen.



David Müller

Vorstandsmitglied EIT.aargau



Entwicklung der TB-Intensität (TB-C) in der Elektrobranche.

Gleichzeitig aber nimmt der administrative Aufwand stetig zu. Ein Blick in die Branchenkennzahlen zeigt: Der Anteil der technischen Bearbeitung – also Planung, Dokumentation und Kontrolle – ist in den letzten zehn Jahren von 13 Prozent auf 16,5 Prozent gestiegen, Tendenz weiter steigend. **Für die Praxis bedeutet das: Der erhöhte Aufwand der letzten Jahre erfordert pro rund 29 Installateuren eine zusätzliche 100-Prozent-Projektleiterstelle.** Diese Entwicklung zeigt deutlich, wie stark sich die administrativen Anforderungen auf die betriebliche Realität auswirken.

Sie ist nicht das Resultat mangelnder Effizienz, sondern Ausdruck einer wachsenden Normenflut und zahlreicher Dokumentations- und Meldepflichten. Mess- und Kontrollvorgaben, Sicherheitsnachweise, Schnittstellen zu Netzbetreibern, Fördergesuche und Zertifikate – all das bindet Ressourcen, die im Alltag zunehmend fehlen. Die Absicht hinter diesen Regelungen ist verständlich: Qualität und Sicherheit. Doch die Summe der

Auflagen führt dazu, dass wir immer mehr Zeit damit verbringen, Prozesse zu bedienen, statt Lösungen zu gestalten.

Die Auswirkungen zeigen sich direkt: Unternehmen, die alle Vorgaben korrekt umsetzen, haben höhere Aufwände – und entsprechend höhere Verkaufspreise. Das wiederum mindert häufig die Investitionsbereitschaft der Kundschaft, insbesondere im Bereich der Photovoltaik. Dort sind die Bewilligungs- und Kontrollverfahren so umfangreich, dass kleinere Anlagen oft nur dank eines hohen Anteils an Eigenverbrauch wirtschaftlich betrieben werden können.

Ein weiterer Effekt ist, dass die zunehmende Komplexität der Vorgaben in der Praxis unterschiedlich ausgelegt wird. Dadurch entsteht ein gewisses Ungleichgewicht im Markt: Während die einen Betriebe konsequent alle Anforderungen erfüllen, werden andere Bereiche teilweise vereinfacht oder unterschiedlich interpretiert. Das führt letztlich zu einer

Wettbewerbsverzerrung und dazu, dass Betriebe, die sich an alle Regeln halten, an anderer Stelle effizienter werden oder Einsparungen vornehmen müssen, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Mein Wunsch wäre, wieder etwas mehr zur Einfachheit und zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit zurückzufinden. Selbstverständlich müssen hohe Anforderungen an Funktionalität und Sicherheit bestehen bleiben – sie sind die Grundlage unserer Arbeit. Aber wir sollten uns gemeinsam fragen, wie wir Prozesse vereinfachen können, ohne an Qualität zu verlieren.

Wenn es gelingt, die Bürokratie zu entlasten und den Fokus wieder auf das Handwerk und die Lösungen zu legen, gewinnen alle: wir als Unternehmer, unsere Mitarbeitenden, unsere Kundinnen und Kunden – und letztlich die Energiewende, die wir gemeinsam stemmen wollen. Dann bleibt uns wieder mehr Zeit für das, was uns antreibt: Begeisterung für Technik, Innovation und nachhaltige Energie.

Der Aargauische Gewerbeverband engagiert sich für die Stärkung der Berufslehre.

DETAILLIERTE ERGEBNISSE DES KMU-BAROMETERS ZUM THEMA BÜROKRATIE

ZUNAHME DER BEHÖRDENBÜROKRATIE FÜR AARGAUER KMU

In der Oktober-Ausgabe der Aargauer Wirtschaft haben wir über die Ergebnisse des KMU-Barometers informiert. Die Behördenbürokratie beschäftigt die Aargauer KMU 2025 am stärksten.

URS WIDMER UND MARIANNE KAMM,
AARGAUISCHER GEWERBEVERBAND

Bei drei Viertel der Aargauer KMU-Unternehmer haben angegeben, dass bei ihnen die Bürokratie im Kontakt mit der öffentlichen Hand in den letzten fünf Jahren stark zugenommen hat. Ein Viertel hat angegeben, dass die Bürokratie gleichgeblieben ist und kaum jemand ist der Ansicht, dass diese abgenommen hat.

Nach einzelnen Bereichen gefragt, zeigte sich, dass die Bürokratie vor allem bei **Bewilligungen (64%)** und **neuen Formularen (61%)** zugenommen hat. Auch bei **Prozessen** spürt über die Hälfte (**50%**) eine (starke) Zunahme. Bei **Doppelspurigkeiten** nehmen knapp die Hälfte (**46%**) eine Verschärfung wahr. In den Bereichen **analoge/digitale Redundanzen** und **Steuern** sehen jeweils rund ein Drittel (**34%**) eine Zunahme des bürokratischen Aufwands.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die Wahrnehmung einer zunehmenden Bürokratisierung bei den Aargauer KMU weit verbreitet ist. Besonders betroffen sind Bereiche, in denen Unternehmen regelmässig in Kontakt mit Behörden stehen, wie etwa bei Bewilligungen oder bei der Einreichung von Formularen. Diese administrativen Anforderungen werden von vielen Betrieben als zeit- und ressourcenintensiv empfunden und beeinträchtigen die Effizienz im Tagesgeschäft.

Die Zunahme bürokratischer Prozesse wird häufig mit einer wachsenden Komplexität der Regulierungen und

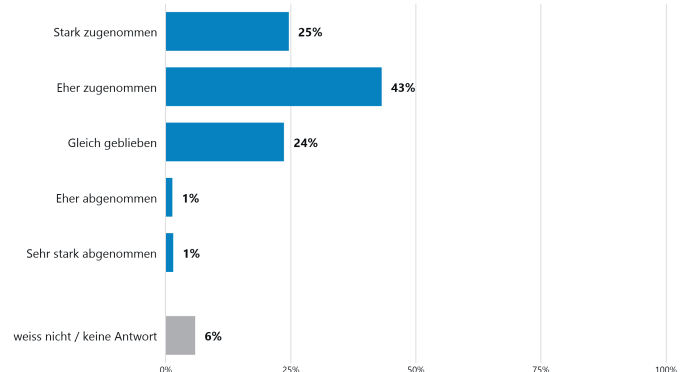
einer unzureichenden Digitalisierung der Verwaltungsabläufe in Verbindung gebracht. Zwar wurden in den letzten Jahren verschiedene Digitalisierungsinitiativen lanciert, doch scheinen diese aus Sicht vieler KMU bislang nicht zu einer spürbaren Entlastung geführt zu haben. Besonders die parallele Nutzung analoger und digitaler Verfahren («digitale Redundanzen») wird von einem Drittel der Unternehmen als zusätzlicher Aufwand wahrgenommen.

Diese Entwicklungen weisen darauf hin, dass die Entlastung der Unternehmen von administrativen Pflichten weiterhin eine zentrale Herausforderung darstellt. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Aargauer KMU langfristig zu sichern, sind Vereinfachungen in den Bewilligungsverfahren, der Abbau von Doppelspurigkeiten sowie die konsequente Umsetzung digitaler Lösungen von ent-

Wie hat sich ganz allgemein die Bürokratie im Kontakt mit der öffentlichen Hand in den letzten fünf Jahren verändert?

AARGAUER KMU
BAROMETER

Angaben in Prozent, N = 614



Frage F19

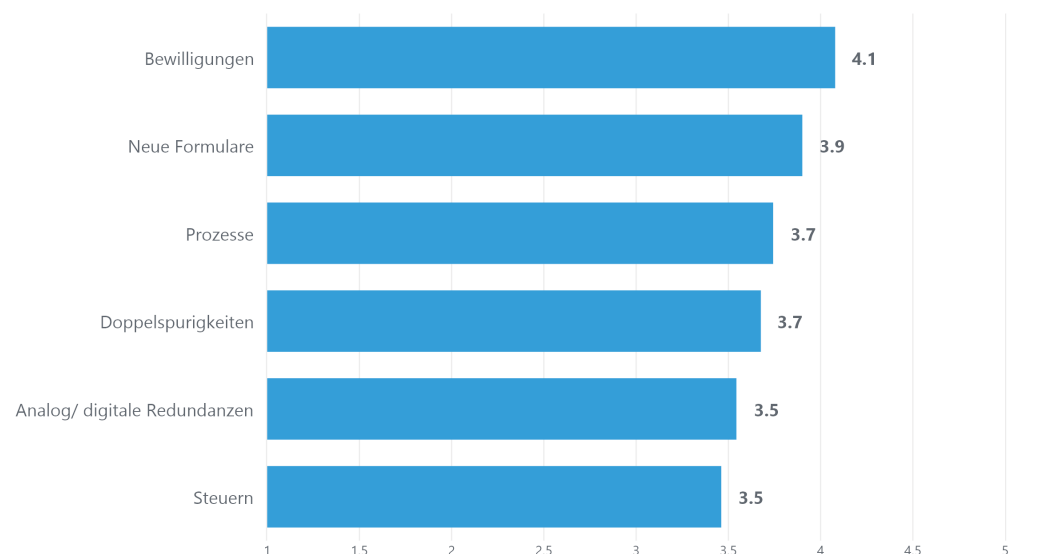
scheidender Bedeutung. Eine verstärkte Koordination zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen und eine nutzerorientierte Ausgestal-

tung der Behördenprozesse könnten wesentlich dazu beitragen, den bürokratischen Aufwand spürbar zu reduzieren.

Nun noch konkreter, wie hat sich die Bürokratie im Kontakt mit der öffentlichen Hand in folgenden Bereichen den letzten fünf Jahren verändert?

AARGAUER KMU
BAROMETER

Mittelwerte, Skala von "Stark abgenommen" bis "Stark zugenommen", N = 614



Fragen F20_1 - F20_6



BÜRGERLICHE EROBERN IN DEN STÄDTEN TERRAIN ZURÜCK

Alle vier Jahre finden Kommunalwahlen statt, jüngst am 28. September. Ein Blick auf die mit über 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern als Städte geltenden Gemeinden zeigt leicht erstarkte Bürgerliche. Dieses Ergebnis passt zur geopolitischen Grosswetterlage.

MATHIAS KÜNG

Vor vier Jahren und noch weiter zurück war zu beobachten, dass die mit Abstand wählerstärkste Partei SVP im Bemühen, die Städte zurückzuerobern, nicht reüssierte. Die FDP tat sich 2021 schwer, Grüne und Grünliberale legten zu. Städte gelten zunehmend als Hochburgen für SP und Grüne, inzwischen auch für die Grünliberalen.

Kommunal FDP, Mitte, GLP im Plus, SP und Grüne verlieren

Doch diesmal kehrte der Trend. Die SVP kam – mit einer sehr bemerkenswerten Ausnahme in Wohlen – zwar bei den Exekutivwahlen in den grössten Gemeinden erneut nicht wirklich vom Fleck. Dafür verbesserten sich – entgegen dem nationalen Trend – FDP und Mitte leicht. Den Preis zahlten primär SP und Grüne. Derzeit hält die FDP (wie übrigens im ganzen Kanton) in den Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern die meisten Mandate, danach folgt die Mitte. Die SP verlor unter dem Strich mehrere



Plakatwahlkampf in Brugg

Sitze, für sie ein Schock. Ebenso für die Grünen, deren Exekutivmandate (erst recht nach der Abwahl von **Christiane Guyer** als Stadtpräsidentin von Zofingen) ohnehin dünn gesät sind. Am 30. November, wenn in Aarau noch zwei, in Wohlen eins und in Brugg alle fünf Stadtratsmandate zu vergeben sind, kann sich diese vorläufige Bilanz natürlich noch etwas ändern.

FDP jubelte am 28. September, SP hatte wenig Grund dazu

Unterschiedlich tönnten nach dem 28. September denn auch die Verlaufbarungen der Parteien. Die FDP bejubelte einen Freudentag. Ganz besonders natürlich, nachdem in Zofingen **André Kirchhofer** (FDP) und in Lenzburg (wo **Daniel Mosimann**/SP nicht mehr angetreten

war) **Andreas Schmid** (FDP) das Stadtpräsidium erobert hatten. Derweil rieb man sich in der SP die Augen. Ihre Bilanz mit dem Verlust des Stadtpräsidiums in Lenzburg und noch mehr mit der Abwahl von **Arsène Perroud** als Gemeindeamman von Wohlen (als Gemeinderat wurde er gewählt, er zieht sich jetzt aber ganz aus der Gemeindeexekutive zurück) ist schlecht. Da ist die Eroberung des nach dem Rücktritt von **Franco Mazzi** (FDP) frei gewordenen Stadtpräsidiums von Rheinfelden durch SP-Grossrätin **Claudia Rohrer** ein kleiner Trost. Immerhin kann sich die mit den meisten Stimmen neu in den Gemeinderat von Windisch (weniger als 10 000 Einwohner) gewählte SP-Grossrätin **Luzia Capanni** Chancen ausrechnen, das nach dem Rücktritt von **Heidi Ammon** (SVP) frei gewordene Gemeindepräsidium zu erobern.

Kunden weg, und viele Läden/Firmen müssen auf den Stadtrand ausweichen. Sinkt jetzt der Druck auf Parkplätze vorab in Aarau und Baden? In Baden wurde der bisherige Gemeinderat bestätigt, die Kräfteverhältnisse bleiben. Im Einwohnerrat haben FDP, SVP und Mitte neu 22 von 50 Sitzen, die GLP hat 4 Sitze, die SP 10, Team 8, Grüne 5, EVP 1. In Aarau gilt es abzuwarten, hier sind nebst dem Einwohnerrat noch zwei Stadträte zu wählen. Auch hier dürfte aus gewerblicher Sicht eher keine Entspannung eintreten.

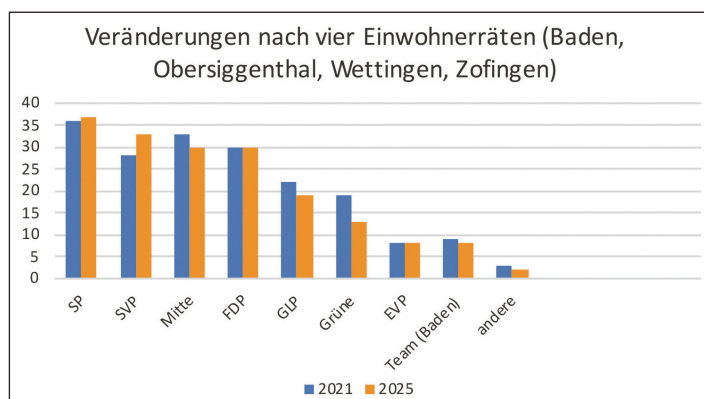
FDP hält derzeit am meisten Präsidien

Wichtig für das Agieren einer Gemeinde ist nicht nur deren parteimässige und personelle Zusammensetzung, sondern ebenso, wer das Gremium präsidiert. Die FDP hält das Präsidium beziehungsweise Ammannamt in Aarau und neu auch in Lenzburg und Zofingen, in Baden und Spreitenbach ist es die Mitte, in Rheinfelden und Oftringen ist es eine SP-Politikerin beziehungsweise ein SP-Politiker, in Suhr und Möhlin stehen zwei Parteilose zuoberst, Wohlen hat neu einen SVP-Gemeindeamman.

Sensationell war in Wohlen der Durchmarsch des Gross- und bisherigen Gemeinderats **Roland Vogt** (SVP). Er verdrängte unerwartet Arsène Perroud aus dem höchsten Amt der rasch wachsenden Freiämter Metropole.

Doch was bedeuten die bürgerlichen Erfolge letztlich aus gewerblicher Sicht? Das Gewerbe ist beispielsweise auf genügend Parkplätze im Zentrum angewiesen, sonst bleiben

In Wettingen ist beim Gemeindeamman noch alles offen. In Brugg (Frau Stadtmann **Barbara Horlacher**/Grüne) wird die Stadtregierung erst



Stand Einwohnerratswahlen

am 30. November neu gewählt. Horlacher tritt wieder an. In Wettingen (der langjährige Gemeindeammann **Roland Kuster**/Mitte hört auf) fällt der Entscheid ebenfalls erst am 30. November. Zwei Gemeinderäte wollen diesen Job, nämlich **Markus Haas** (FDP) und **Orun Palit** (GLP). Haas (bisher) wurde am 28. September mit wenig mehr Stimmen als Palit (neu) gewählt. Auch dieses Rennen ist offen.

In Aarau kämpfen mehrere Kandidierende um die noch zu vergebenden beiden Sitze: **Daniel Fondado** (SP), **Susanna Heuberger** (SVP), **Peter Jann** (GLP), **Benita Leitner** (Pro Aarau), **Stephan Müller** (JETZT! Eine Wahl für Mitte-links) und **Nina Suma** (FDP). Ums Vizepräsidium ringen die Stadträtinnen **Silvia Dell'Aquila** (SP) und Suzanne **Marclay-Merz** (FDP).

Erst eine Einwohnerrats-zwischenbilanz

Nebst den Gemeinderäten werden die Einwohnerräte (im Aargau gibt es zehn) neu gewählt. Allerdings findet diese Wahl in folgenden Gemeinden erst am 30. November statt: Aarau, Brugg, Buchs, Lenzburg, Windisch, Wohlen. Wir haben inzwischen die Ergebnisse der Wahlen in Baden, Obersiggenthal, Wettingen und Zofingen (vgl. Grafik). Zu beachten ist bei der Grafik, dass der Badener Einwohnerrat derzeit 58 Mitglieder hat, in der neuen Legislatur wieder nur 50 (wie vor der Fusion mit Turgi).

Einwohnerräte: Siegerin SVP, Grüne und GLP Verlierer

Anders als die Exekutivwahlen ähnelt das Resultat aus 4 der 10 Einwohnerräte mit 180 Sitzen (bisher 188) verblüffend dem Trend des nationalen Wahlbarometers vom Oktober 2025: Das zeigt unser Diagramm. Demnach ist die SVP im Höhenflug, leicht vorwärts macht ausserdem die SP. Sie weist in diesen vier Einwohnerräten am meisten Mandate auf. Grüne (die im Wahlbarometer leicht zulegen) und GLP zählen zu den Verlierern, ebenso die Mitte (mehr als im Wahlbarometer), während sich die FDP halten kann (anders als im Wahlbarometer). Eine Gesamtbilanz ist allerdings erst nach dem 30. November möglich, wenn alle Einwohnerräte neu bestellt sind.

So veränderten sich die Parteistärken in den Gemeinderäten seit 2013

	2013	2017	2021*	2025**
Parteilose	539	552	583	569
FDP	143	154	127	127
SVP	186	173	102	102
Die Mitte/CVP	117	95	78	73
SP	63	60	51	41
Gemeindegruppierungen/andere	21	20	12	14
Andere Parteien	19	18	42	29

Zu berücksichtigen ist, dass die Zahl der Gemeinderatssitze aufgrund von Fusionen abgenommen hat. Am 1. April 2013 zählte der Aargau 216 Einwohnergemeinden, aktuell sind es noch 197.

Quellen: Gemeindeabteilung, Gemeindestrukturberichte, AZ, eigene. *Die Zahlen für 2021 sind Stand Juli 2025, also kurz vor den Wahlen (im Verlauf einer Legislatur müssen nach Rücktritten rund 200 Gemeinderäte ersetzt werden). ** In Aarau sind am 30. November noch 2 Sitze zu vergeben, in Wohlen 1 Sitz, Brugg wählt erst am 30. November. GLP, Grüne und EVP werden in dieser Auswertung nicht separat ausgewiesen.

Blick auf den Kanton: Immer mehr Parteilose

Zum Schluss noch ein Blick auf ein stärker zu beobachtendes Phänomen in den Gemeinderäten. Die «stärkste Partei» in den 197 Gemeindeexekutiven im Aargau sind Parteilose (vgl. Tabelle). 2021 stellten sie 55, mittlerweile schon 58 Prozent aller Exekutivmitglieder. Also mehr als alle Parteien zusammen.

Nun ist es erfreulich, dass sich so viele Parteilose engagieren. Denn auf kommunaler Ebene geht es primär um Sachpolitik, zum Beispiel wenn ein Schulhaus saniert oder ein neues Tanklöschfahrzeug angeschafft werden soll. Hingegen sind unter den Parteilosen auch Quereinsteiger, deren Erwartungen unter Umständen nicht erfüllt werden, weshalb sich einige relativ rasch wieder aus dem Amt zurückziehen.

Ein Teil des Problems ist, dass in vielen kleineren Gemeinden keine oder nur einzelne Parteien aktiv sind. Eine zentrale Aufgabe der Parteien besteht jedoch darin, Exekutivmitglieder zu rekrutieren. Wenn sie nicht oder nur teilweise präsent sind (das trifft in vielen Dörfern besonders für kleinere Parteien zu), treten viele, die vielleicht für eine Partei kandidieren würden, als Parteilose an. Zu diesem Thema existiert übrigens seit 2014 ein lesenswerter Studienbericht des ZDA von Oliver Dlabac: «Die Miliz-

organisation der Gemeindeexekutiven im Kanton Aargau. Rekrutierungsprobleme und Reformvorschläge», zu finden auf der Homepage des ZDA.

Matthias Betsche: Viele Fragen zu den Parteilosen

Das Phänomen ruft jetzt die Politik auf den Plan. Grossrat Matthias Betsche (GLP) hat eine Interpellation dazu eingereicht. Wenn viele Kandidierende als «parteilos» antreten, könnte das einerseits die Unabhängigkeit und die Ortsnähe betonen, andererseits drohe eine Verringerung der Transparenz über politische Orientierungen und Wahlentscheidungen, schreibt Betsche darin.

In einzelnen Fällen bestehe jedoch der Eindruck, dass Personen als «parteilos» antraten, obwohl sie Mitglied einer Partei seien oder die-

ser naheständen. Betsche will jetzt genauere Angaben zum Phänomen und den Gründen und dazu, welche Auswirkungen der Regierungsrat auf Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Glaubwürdigkeit des politischen Wahlprozesses sieht. Weiter will er wissen, ob der Regierungsrat Handlungsbedarf sieht, um sicherzustellen, dass die Parteizugehörigkeit von Kandidierenden korrekt ausgewiesen wird.

Einen Teil der Antworten dürfte der neueste Gemeindestrukturbericht liefern, den die Gemeindeabteilung des Kantons alle vier Jahre erarbeitet. Der nächste wird im Dezember erwartet. Schon am 30. November werden noch einige Exekutivmitglieder gewählt und sechs Einwohnerräte neu bestellt. Die Spannung ist gross, ob der Trend zu mehr Bürgerlichkeit – hoffentlich – anhält.



Plakatwahlkampf in Buchs



HÖCHSTE ZEIT FÜR TIEFERE KANTONSSTEUERN

Am 18. und wohl auch noch am 25. November beugt sich der Grosse Rat über den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2026–2029. Aller Augen sind dabei auf den Kantonssteuerfuss gerichtet, der ab 2026 gelten soll. Senkt ihn das Parlament um 5 oder gar um 8 Prozent?

MATHIAS KÜNG

Der Aargauer Staatskasse geht es richtig gut. Finanzdirektor Markus Dieth konnte diesen Frühling stolz den bereits achten Überschuss in Folge vorlegen. *Selbst eine Ende 2022 vom Kantonsspital Aarau (KSA) dringend erbetene Viertelmilliarde Franken-Geldspritze für seinen Neubau in Aarau vermochte diesen Lauf nicht zu stoppen. Auch nicht der Umstand, dass die Nationalbank (SNB) zwei Jahre lang keine Überschüsse verteilen konnte.*

Die Kantonseinnahmen steigen – vorab dank zuverlässig steigender Steuerzahlungen der natürlichen Personen – Jahr für Jahr. Mittlerweile liegen in der Ausgleichsreserve des Kantons sagenhafte 1,1 Milliarden Franken.

Bürgerlicher Druck wirkt: Regierung will Steuerzahlende entlasten

Lange haben die bürgerlichen Parteien beim Äufnen dieser Reserve mitgemacht, doch jetzt drängen sie mit gutem Grund auf eine deutliche Steuersenkung. Dieser Druck erzielt jetzt Wirkung. Der Regierungsrat beantragt per 2026 eine Senkung der Kantonssteuer um 5 auf 103 Prozentpunkte. Dies würde die Steuerzahlenden um rund 100 Millionen Franken entlasten. Dafür nimmt sie für 2026 ein Defizit von 221 Millionen Franken in Kauf. Dies als Folge der Steuersenkung und weil sie diesmal nicht mit einer SNB-Ausschüttung rechnet. Die Regierung legt dar, dieses und weitere bis 2029 befürchtete Defizite aus der Ausgleichs-



Blick in den Grossen Rat, im Vordergrund die SVP-Fraktion.

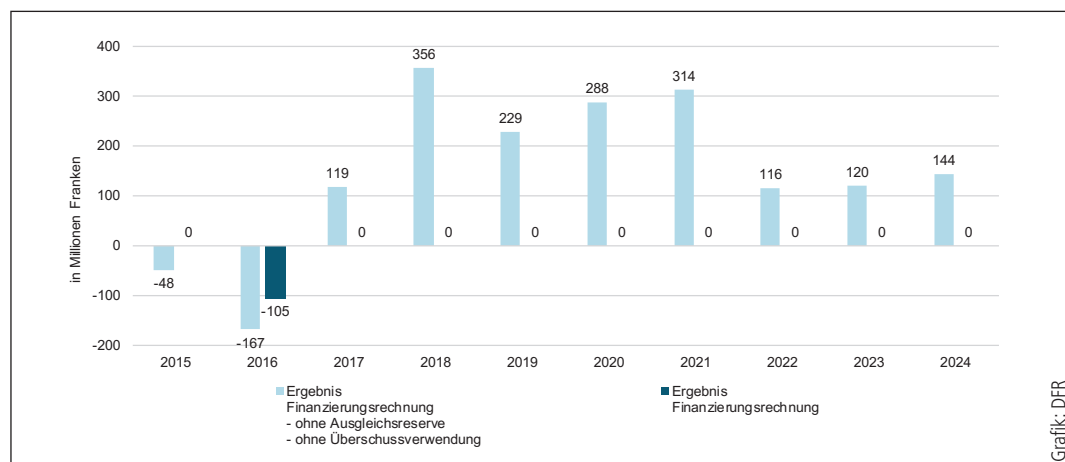
reserve abzudecken, womit deren Bestand bis dann auf 342 Millionen Franken sinken könnte.

Zudem beantragt sie die rechtliche Grundlage für das Instrument einer Steuerrückvergütung, um künftige Überschüsse an die Steuerzahlenden zurückzugeben. Diese Vorlage geht auf einen vom Grossen Rat überwiesenen Vorstoss zurück.

Rotgrün will Geld für Gesundheit, Soziales, Bildung und mehr

Mit einer Steuersenkung gar nicht einverstanden sind SP und Grüne. Sie wollen stattdessen zusätzliche Mittel in Gesundheit (etwa Prämienverbilligung), Bildung, Klimaschutz, Stellen beim Kanton und weiteres mehr investieren. Die Pläne der Regierung brächten «das Geld jenen zurück, die es am wenigsten brauchen», schrieb

die SP im August zu diesen Plänen. Das sehen die Bürgerlichen anders, erst recht SVP und FDP. Gewissermassen zwischen den Fronten stehen Die Mitte (die Partei des Finanzdirektors), GLP und EVP. Sie sind für die Regierungsvariante mit 5 (EVP: maximal 5) Prozentpunkten Senkung. Gut kommt da die Rückerstattungsvorlage an. Am 18. beziehungsweise 25. November entscheidet der Grosse Rat.



Der Kanton verzeichnet seit 2017 keine Defizite mehr, sondern durchwegs Rechnungsüberschüsse.

Grafik: DFR



Bild: Mathias Küng

Finanzdirektor Markus Dieth im Frühling 2025 bei der Vorstellung der schwarzen Zahlen im Jahr 2024.

SVP und FDP wollen mindestens 8 Prozentpunkte runter

Sowohl SVP als auch FDP forderten nach Bekanntgabe der Regierungsratspläne eine Senkung um mindestens 8 Prozentpunkte. Die SVP will zudem von einer Steuerrückvergütung grossmehrheitlich nichts wissen, eine Steuersenkung sei der richtige

Weg. Im Budget-Showdown stellt sich also angesichts der Mehrheitsverhältnisse nicht die Frage, ob es zu einer Steuersenkung kommt, sondern wie hoch diese ausfallen wird. 5 oder 8 Prozentpunkte?

SVP/EDU und FDP halten im Grossen Rat mit 73 von 140 Sitzen eine knappe

Mehrheit. In jüngster Zeit haben beide Fraktionen wiederholt ihre Ziele auch gegen heftigen Widerstand von links und auch gegen die Mitte durchgesetzt. Falls sie das auch beim Kantonssteuerfuss tun, würden 8 Prozentpunkte weniger die Steuerzahlenden gar um rund 160 Millionen Franken entlasten. Aber eben, die Mehrheitsverhältnisse sind sehr knapp. Da könnte es entscheidend werden, ob die Fraktionen geschlossen stimmen und in welcher Ratschülte am entscheidenden Tag mehr Grossräte fehlen.

Kommissionen lehnen Rückvergütungsvorlage ab

Die Rückvergütungsvorlage ist in der Kommission für Aufgabenplanung und Finanzen (KAPF) und in der federführenden Kommission für Volkswirtschaft und Abgaben (VWA) nicht gut angekommen. Beide empfehlen sie zur Ablehnung. Am 4. November hat die Mitte-Fraktion ein Postulat zwecks Prüfung der Senkung der Gewinn-

steuern für Firmen auf 12 Prozent eingereicht. Sie hofft, dass der Grosse Rat in der AFP-Debatte die Steuern für natürliche Personen nur um 5 statt um 8 Prozent senkt. SVP und FDP scheinen sich durch diesen neuen Vorschlag jedoch nicht von einer 8-prozentigen Senkung abbringen zu lassen. Die Kommissionsmitteilung zum AFP war bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

Klar ist angesichts der überquellenden Ausgleichsreserve: Eine achtprozentige Senkung liesse sich gut vertreten. Und das noch mehr, falls die SNB dank Goldpreishausse entgegen allen Erwartungen doch noch Gewinn ausschütten sollte. Die Steuersenkung käme ohnehin nicht den falschen zugute, wie die SP kritisiert, sondern all jenen, die über Jahre zu viel Steuern bezahlt haben und dank dieser Entlastung wieder mehr zum Leben hätten.

Unternehmertum ist nichts für schwache Nerven

Für ein starkes Unternehmertum

© UBS 2025. Alle Rechte vorbehalten.



ubs.com/unternehmertum



31. DELEGIERTENVERSAMMLUNG DES AGV

NEUE AGV-STRATEGIE IM TROCKENEN

Der AGV lud am 22. Oktober 2025 zu seiner Herbst-Delegiertenversammlung nach Reinach in den Saalbau. Im Mittelpunkt stand die Verabschiedung des neuen Strategiepapiers 2026 bis 2030. Darüber hinaus gab es drei spannende Gastvorträge zur Berufsbildung – mit prominenter Unterstützung aus Bern.

EVELINE FREI

Zum Auftakt der DV wurde eine Videosequenz der Aargauischen Berufsschau mit begeisterten Schülerinnen und Schülern gezeigt. Als zentrales Thema des AGV und Bestandteil der Strategie 2026 bis 2030 war die Berufsbildung zudem Gegenstand der drei Gastreferate.



Bilder: bildraus.ch

Staatssekretärin Martina Hirayama gehörte zu den drei eindrucksvollen Gastrednern, die über Berufsbildung sprachen.

Impulse zum Nachhause nehmen

Benjamin Giezendanner, AGV Präsident, begrüßte namentlich die Gastreferenten Martina Hirayama, Staatssekretärin für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI), Dr. phil. Carl Bossard, Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschule Zug, und Thomas Hess, Geschäftsleiter des KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich (KGV), sowie die zahlreichen Anwesenden. «Wir sind heute im Stumpfenland», begann er seine Begrüßungsrede, «einer Region im Wandel und im Wachstum.» Zum Programmpunkt Referate auf der Traktandenliste meinte er: «Ich hoffe, dass diese Referate Impulse liefern, die man mit nach Hause nehmen kann und die deutlich machen, wofür wir in der Zukunft kämpfen.»

Bilanz ziehen

Weiter sagte er: «Wie in der Landwirtschaft halten auch wir im Herbst inne, um zu entscheiden, was wir säen wollen. Wir ziehen Bilanz der letzten drei Jahre und prüfen, wie wir das Gewerbe weiterentwickeln können.» Bevor es jedoch zur Abwick-

lung der Traktanden ging, wurde eine Schweigeminute für den kürzlich verstorbenen AGV Ehrenpräsidenten Samuel Wehrli abgehalten, der den AGV während 12 Jahren als Präsident massgeblich prägte.

Traktanden

Die vorgeschlagenen Stimmenzähler Karin Faes, bauenaargau, und Thomas Zulauf, Präsident VSSM Aargau, wurden von den 66 anwesenden Stimmberechtigten einstimmig gewählt. Das absolute Mehr betrug 34 Stimmen. Auch das Protokoll der letzten Delegiertenversammlung vom 24. April 2025 wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Strategiepapier 2026 bis 2030

«Ich hoffe, dass es nicht zu viele Änderungsanträge geben wird», eröffnete Benjamin Giezendanner die detaillierte Erläuterung der einzelnen Punkte im neuen Strategiepapier. Die Strategie 2026 bis 2030 gliederte sich in acht Bereiche: «Arbeitsmarkt», «Berufsbildung», «Fair ist anders», «Energie, Mobilität, Raumplanung»,

«Kommunikation», «Organisation», «Geschäftsstelle» und «Geschäftsfelder».

Detaillierte Ausführungen

Zum Punkt «Fair ist anders» erläuterte er, dass sich dieser auf den unfairen Wettbewerb staatlicher oder staatsnaher Unternehmen gegenüber der Privatwirtschaft beziehe. Er zeigte sich entrüstet über die druckfrische Schlagzeile, wonach die AEW Energie AG, der vollständig dem Kanton Aargau gehörende Energieversorger, neu mit 35 Prozent an der Herzog Kull Group Holding (HKG) beteiligt sei. Ausserdem informierte er, dass die «Aargauer Wirtschaft», als Kommunikationsorgan des Verbandes, weiterhin in gedruckter Form erscheinen werde, aber nur noch in 10 Ausgaben. Im Bereich «Berufsbildung» werde sich der AGV künftig besonders für die verstärkte Ausrichtung der Volksschule auf die Berufsschule, die Stärkung der MINT-Fächer, die Prüfung des Frühfrench, die Einführung eines kantonalen Berufsbildungsfonds, die Digitalisierung der

Berufsschau sowie die Stärkung der Berufsbildner-Ausbildung einsetzen.

Abstimmung AGV-Strategie

Die Delegierten nahmen die Strategie einstimmig ohne Wortmeldung an, sodass sie ab Januar 2026 umgesetzt werden kann. Anschliessend übergab Benjamin Giezendanner das Mikrofon an Urs Widmer, AGV Geschäftsführer. Dieser stellte die Gastredner jeweils kurz vor und übergab ihnen anschliessend das Wort, beginnend mit Staatssekretärin Martina Hirayama.

Staatssekretärin des SBFI

Martina Hirayama skizzierte die Bedeutung der dualen Berufsausbildung für die Schweizer Wirtschaft und das teils mangelnde Verständnis darüber in anderen Ländern. Sie sei daher erfreut, dass sich der Bundesrat kürzlich für die Einführung von «Professional Bachelor» und «Professional Master» als Titelzusätze für Abschlüsse an höheren Fachschulen und Berufsprüfungen ausgesprochen und der Ständerat dem Anliegen ebenfalls zugestimmt habe.



Alle traktandierten Geschäfte wurden einstimmig angenommen.

Wichtigkeit der Verbundpartnerschaft

Erfolg sei kein Selbstläufer. «Unternehmen sind so gut wie ihre Fachkräfte.» Die Arbeitswelt verändere sich rasant, und der Druck sei hoch, genügend Fachkräfte zu finden. Daher betonte sie: «Die Verbundpartnerschaft spielt für uns eine wichtige Rolle.» Weiter sagte sie: «Wir müssen gemeinsam die Berufsausbildung tragen und vorantreiben.» Dies insbesondere im Zusammenhang mit der Initiative «Berufsbildung 2030», eine Zusammenarbeit von Bund, Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt, die darauf abziele, die Berufsbildung an zukünftige Arbeitsmarktanforderungen anzupassen. Die Steuerungsgruppe von «Berufsbildung 2030», die Tripartite Berufsbildungskonferenz (TBBK), habe seit Beginn der Implementierungsphase im Jahr 2018 zu den Stossrichtungen verschiedene Projekte lanciert, wovon mehrere bereits abgeschlossen seien (<https://berufsbildung2030.ch/de/projekte>).

Gründer Pädagogische Hochschule Zug

«Bildung ist mein Lebenselixier», begann Carl Bossard seinen Vortrag und plädierte für eine «ungeschönte Lageanalyse». Seiner Meinung nach habe der Reformkurs der letzten Jahre im Schulsystem zu einer Überkomplexität geführt. Mit dem Lehrplan 21 seien die Lerninhalte ausgedehnt worden, und Üben sei vielfach zum Fremdwort geworden. Die daraus resultierenden Auswirkungen seien bekannt. «Wir können nicht beide Vektoren

«Fachinhalte» und «Übungszeit» gleichzeitig ausdehnen und maximieren.»

Auf das Wesentliche konzentrieren

Sein Fazit: «In der Bildung sind wir auf Grund gelaufen. Wir haben die Zielkoordinaten aus den Augen verloren.» Obwohl wir weltweit gesehen nach Luxemburg die zweithöchsten Bildungsausgaben pro Kopf hätten, seien dennoch grosse Defizite feststellbar, sagte Carl Bossard, und warf die Frage auf: «Warum haben wir diese Defizite?»

Schlicht, schlank und schlüssig

«Die Schule kann vieles, aber sie kann nicht alles und nicht alles gleichzeitig», fuhr er fort. Seiner Ansicht nach müsse die Primarschule den Kindern primär die Grundlagen des Rechnens, Lesens und Schreibens vermitteln und so ein solides, tragfähiges Fundament für die Zukunft legen. Doch immer mehr Schulabgängerinnen und Schulabgänger hätten mangelhafte Deutschkompetenzen. Das zeigten alle Analysen, so Carl Bossard. «Ich hätte vom Bundesrat daher eigentlich eine Intervention beim Deutsch erwartet und nicht beim Frühfranzösisch.»

Wissen haben

Weiter hob er hervor: «Selbstgesteuertes Lernen überfordert schwächere Schülerinnen und Schüler. Wir brauchen wieder eine bildungswirksame Volksschule, die Lernleistungen übers Üben einfordert und elementares Basiswissen vermittelt wie verste-

hendes Lesen und kohärentes Schreiben, grundlegendes Rechnen und logisches Denken.» Das seien Fähigkeiten, die in Zeiten von KI besonders wichtig seien, denn: «Nur wenn ich etwas weiss, werde ich von Fake News nicht verführt.» Wenn Schülerinnen und Schüler am Ende der Schulzeit sagen können «Ich kann etwas, ich weiss etwas und ich halte etwas aus», dann habe die Schule ihr Ziel erreicht.

Einrichtung eines Berufsbildungsfonds BBF

Weil eine Ausbildung nicht kostenlos ist, werden Lehrbetriebe in Zürich durch einen Berufsbildungsfonds finanziell unterstützt. Sie erhalten unter anderem Beiträge an die Aufwendungen für die überbetrieblichen Kurse, für die Lehrabschlussprüfungen und Berufsbildnerkurse. Thomas Hess, Geschäftsleiter der KGV, informierte, dass die Zürcher Wirtschaft vor zwanzig Jahren kritisch dazu eingestellt gewesen sei und das Vorhaben als Eingriff ins System wahrgenommen habe. Politisch habe man gegen die Einführung gekämpft. «Im 2008 haben wir die Abstimmung verloren. Heute anerkennt der KGV, dass sich der BBF bewährt hat.» Die Einrichtung des

BBF sei damals mit 60 Prozent Ja-Stimmen angenommen worden.

Fehler nicht wiederholen

Der BBF werde durch die Abgabe von 1 Promille der AHV-Lohnsumme geöffnet. Unternehmen mit einer Gesamtlohnsumme von unter 250 000 Franken seien jedoch von der Abgabe befreit, weil davon ausgegangen werde, dass Kleinbetriebe aufgrund ihrer Grösse bereits Mühe hätten, Lernende überhaupt auszubilden. «Im Laufe der Umsetzung hat sich aber gezeigt, dass das System nicht ganz gerecht ist.» Wenn ein internationales IT-Unternehmen, das keine Ausbildungsplätze anbiete, über eine halbe Million einzahle, und danach durch die Schaffung einiger Lehrstellen von Zahlungspflicht an BBF befreit sei, fühle sich das aktuelle System als nicht sehr gerecht an. «Der Aargau habe nun die grosse Chance, bei der Ausarbeitung des Gesetzes nicht dieselben Fehler von Zürich zu wiederholen.»

Positive Erfahrungen

In Zürich übernehme die Familiaenausgleichskasse (FAK) das Inkasso und werde dafür aktuell mit etwas weniger als 3 Prozent des BBF entschädigt. Auch die schweizweit grösste Berufsschau in Oerlikon werde seit Jahren aus dem Topf alimentiert. Zum Abschluss meinte er: «Aus unserer Erfahrung ist von Seiten der FDP und der SVP mit dem grössten am ehesten mit Widerstand zu rechnen. Die SP und Grünen werden die Einführung eines BBF sicherlich unterstützen.»

Inoffizieller Teil

Im Anschluss informierte Urs Widmer über anstehende Veranstaltungen und Termine und stellte die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle vor. Er schloss den offiziellen Teil der Veranstaltung und lud zum «Apéro riche», ein, der Gelegenheit bot, sich mit den Gastreferenten auszutauschen.

Kurze Randnotiz von Urs Widmer:

AGV Vizepräsident Robert Weishaupt (CVP) wurde am 28. September 2025 zum Vizepräsidenten der Stadt Zofingen gewählt

AGV Vizepräsident Hans Schibli (FDP) wurde am 28. September 2025 bei den Gesamterneuerungswahlen in Oberentfelden zum Vize-Gemeindeamann gewählt.



Markus Meier, Stefanie Heimgartner und Adrian Herzog



Anja Kalbermatten, Stefan Obrist, Jessica Scholl und Anita Kym



Daniel Urech, Ruedi Geissmann, Kurt Schmid und David Kläuser



Marco Emmenegger, Christian Füglistaller, Patrick Stutz, André Hoffmann, Thomas Zulauf und Flavio De Nando



Urs Widmer, Benjamin Giezendanner, Staatssekretärin Martina Hirayama, Carl Bossard und Thomas Hess



Delegierte aus dem Bezirk Kulm: Thomas Hunziker, Sandro S. Aeschbach, Helen Dietsche, Reto Grütter, Tobias Gloor und Roger Stenz



Stefan Wittmer, Karin Faes, Lukas Bättig und Kurt Meier



Daniel Urech und Lukas Korner

Einstellung der Lastschriftverfahren LSV+/BDD 2028

Die bestehenden Lastschriftverfahren LSV+/BDD werden per 30. September 2028 eingestellt. Rechnungssteller müssen frühzeitig entscheiden, welches Format sie künftig für die Rechnungsstellung nutzen möchten, und entsprechende Abstimmungen mit ihrem Finanzinstitut und Softwarepartner initiieren.

Katrin Oestmann, SIX

SIX hat in Abstimmung mit den Gremien des Finanzplatzes Schweiz entschieden, die bestehenden Lastschriftverfahren LSV+/BDD per 30. September 2028 einzustellen. LSV+/BDD-Einzüge sind deshalb nur noch bis zu diesem Datum möglich. Das betrifft alle Marktteilnehmer, die in der Schweiz an LSV+/BDD partizipieren.

Alternative Zahlungsmöglichkeiten

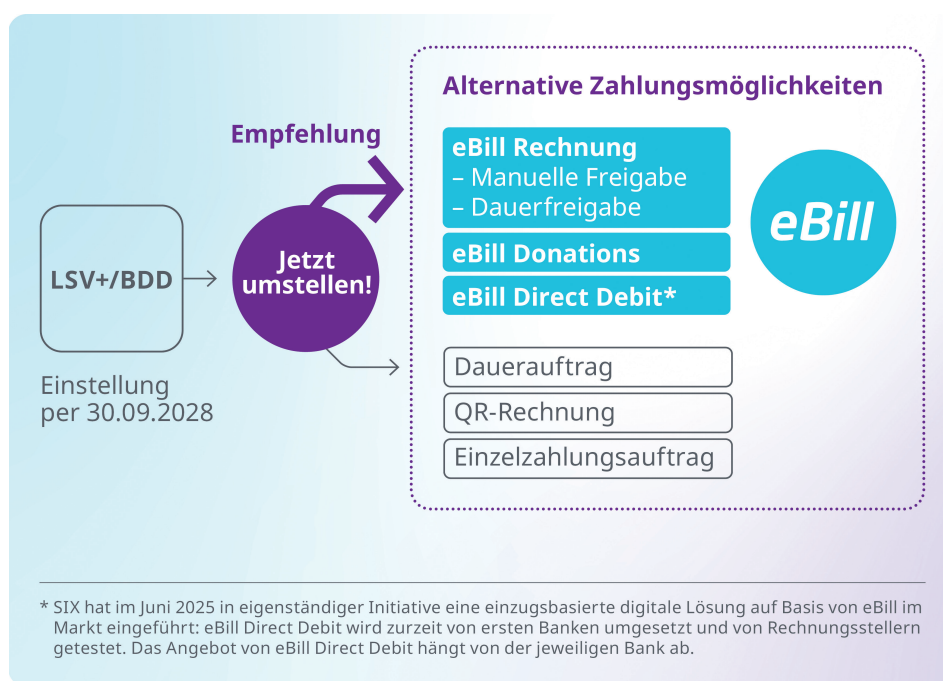
Für die Zeit nach der Einstellung von LSV+/BDD stehen etablierte Formate zur Verfügung wie beispielsweise eBill, die QR-Rechnung, der Dauerauftrag oder der Einzelaufzahlungsauftrag. Insbesondere die digitalen Alternativen bieten sowohl für Rechnungssteller als auch für deren Kunden einen klaren Mehrwert gegenüber LSV+/BDD, wie zum Beispiel einfachere Aufschalt- und Verwaltungsprozesse sowie eine höhere Transparenz hinsichtlich erfolgreicher oder abgelehnter Freigabe beziehungsweise Zahlungsausführung. Analoge Kunden, die weder eBill noch Onlinebanking nutzen, können Forderungen beispielsweise mittels einer QR-Rechnung erhalten.

Handlungsbedarf für Rechnungssteller

Rechnungsstellern wird empfohlen, frühzeitig zu entscheiden, welches Format sie künftig für die Rechnungsstellung nutzen wollen, und entsprechende Abstimmungen mit ihrem Finanzinstitut und Softwarepartner einzuleiten. Damit stellen sie einen reibungslosen Übergang zu alternativen Zahlungsformaten sicher.

Für weitere Informationen oder Fragen wenden sich Rechnungssteller an ihr Finanzinstitut und ihren Softwarepartner.

Weiterführende Informationen zur Einstellung der Lastschriftverfahren LSV+/BDD finden Sie hier.



GEWERBEAUSSTELLUNGEN

Freitag, 17., bis Samstag, 19. April 2026
Expo Surbtal

Freitag, 12., bis Sonntag, 14. Juni 2026
SAGA 26 Gewerbeausstellung Safenwil

Donnerstag, 3., bis Sonntag, 6. September 2026,
LEGA26, Gewerbeausstellung Lenzburg

Freitag, 11., bis Sonntag, 13. September 2026
GewerbeART, Gewerbeausstellung Küttigen

Donnerstag, 1., bis Sonntag, 4. Oktober 2026
Gewerbeausstellung des Gewerbevereins Muri und Umgebung

Freitag, 13., bis Sonntag, 15. November 2026
Gwärbi, Gewerbeausstellung Gränichen

Freitag, 16., bis Sonntag, 18. April 2027
Gewerbeausstellung Reusstal

Freitag, 13., bis Sonntag, 15. Oktober 2028
Gewerbeausstellung Eigenschau, Gewerbe Eigenamt

Öffnungszeiten, Kontaktpersonen usw. unter www.agv.ch

Hinweise für unsere Mitglieder: Ist die Gewerbeausstellung Ihrer Organisation nicht aufgeführt? Dann melden Sie diese an unser Sekretariat (info@agv.ch) für kostenlose Einträge in der «Aargauer Wirtschaft» und im Internet. Gern nimmt die Redaktion auch Berichte über Vorbereitung und Durchführung von Gewerbeausstellungen entgegen.



AGV-STRATEGIE 2026–2030

verabschiedet durch die Delegiertenversammlung am 22. Oktober 2025

Die Strategie 2026–2030 setzt klare Schwerpunkte. Sie stärkt den AGV als Interessenvertretung des Gewerbes im Kanton Aargau. Sie basiert auf den Diskussionen im Präsidium und Vorstand und wurde an der Delegiertenversammlung verabschiedet. Für die Umsetzung braucht es klare Verantwortlichkeiten, messbare Schritte und regelmässige Kontrollen.

Meilensteine



Arbeitsmarkt

Der AGV engagiert sich für einen starken Arbeitsmarkt im Kanton Aargau.

- Die Finanzierung der ausserfamiliären Kinderbetreuung bleibt Aufgabe von Kanton und Gemeinden
- Erwerbsquote erhöhen, «Schule trifft Wirtschaft» ausbauen, KI-Chancen und Risiken laufend beurteilen
- Sekundärarbeitsmarkt darf Primärmarkt nicht konkurrenzieren
- Handwerkliche Berufe stärken, Praxisorientierung fördern
- Ältere Arbeitnehmende länger im Arbeitsmarkt halten

Berufsbildung

Der AGV unterstützt die Berufsbildung systematisch und stärkt die praxisnahe Ausbildung und Orientierung.

- Ausbau «Schule trifft Wirtschaft», Modul «berufliche Orientierung»
- Volksschule stärker auf Berufslehre ausrichten, MINT fördern, Frühfranzösisch prüfen
- Kantonaler Berufsbildungsfonds zur Ausbildungsförderung
- HF-Bildung praxisorientierter: Meister statt Master
- Digitalisierung der Berufsschau
- Stärkung der Berufsbildner-Ausbildung

Fair ist anders

Die Initiative «Fair ist anders» setzt klare Leitplanken für Staat und Wirtschaft.

- Wachstum des Staats kleiner halten als Wachstum der Wirtschaft
- Staat darf Wirtschaft nicht konkurrenzieren
- Arbeitgeber Staat nicht besserstellen
- Umsetzung der Empfehlungen aus BSS-Studie

Energie, Mobilität, Raumplanung

Der AGV fordert Rahmenbedingungen für eine sichere und zukunftsfähige Infrastruktur.

- CO₂-arme, günstige Energie – technologieneutral
- Flächendeckende Verstärkung des Stromnetzes
- Mobilität sichern: Individualverkehr, öffentlicher Verkehr und Langsamverkehr gleichermassen fördern
- Ausreichend Parkplätze für Gewerbe und Detailhandel
- Neue Bauzonen nur mit sechsspurigem A1-Ausbau
- Infrastrukturfonds für Umsiedlungen, gewerbefreundliche BNO

Kommunikation

Der AGV setzt auf konsequente Kommunikation nach innen und aussen.

- «Aargauer Wirtschaft» bleibt Print mit mindestens 10 Ausgaben
- Social Media konsequent umsetzen, externe Partner prüfen
- Kommunikation der Gewerbegruppe näher ans Präsidium
- Gezielte Medienmitteilungen zur Sensibilisierung
- Stärkere interne Kommunikation im Verband

Organisation

Der AGV stärkt Strukturen, Zusammenarbeit und Schlagkraft.

- Betreuung neuer Mitglieder professioneller organisieren
- Zusammenarbeit mit Berufsverbänden ausbauen
- Lokale Gewerbevereine weiter unterstützen
- Zusammenarbeit mit REPLA nutzen
- Führungsstruktur überprüfen: Effizienz und Zuständigkeiten

Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle bleibt Drehscheibe für Events, Immobilien und Mitarbeitende.

- Neujahrsapéro und Unternehmenspreis bleiben bestehen
- Delegiertenversammlung neu organisieren
- Weitere Eventformate ausbauen, Einführungskurse beibehalten
- Sanierung und Ausbau der Liegenschaft prüfen
- Anstellungsbedingungen vereinheitlichen
- Nachfolge und Weiterbildung sichern

Geschäftsfelder

Der AGV nutzt Chancen für neue Tätigkeiten und Leistungsaufträge.

- Neue Mandate gewinnen und Deckungsbeiträge generieren
- «Aargauische Berufsschau» direkt betreuen
- «Schule trifft Wirtschaft» weiterentwickeln
- Neue Tätigkeitsfelder und Leistungsaufträge prüfen

Fazit und Umsetzung

Die Strategie 2026–2030 macht den AGV stärker. Die Umsetzung ist klar geregelt.



Präsidium und Geschäftsleitung steuern die Umsetzung.



Massnahmen werden mit Terminen, Zuständigkeiten und Budgets definiert.



Der Austausch mit Mitgliedern und Partnern ist sichergestellt, notwendige Mittel werden jährlich geprüft.



Der Fortschritt wird jährlich gemessen und rapportiert.



Der AGV setzt diese Strategie mit Nachdruck um.



STILLSTAND IM AARGAU?

Ein grosser Aufschrei ging durch den Aargau, als der Bund am 8. Oktober 2025 das weitere Vorgehen für den Infrastrukturausbau von Bahn und Strasse sowie das Programm Agglomerationsverkehr festgelegt und den Expertenbericht «Verkehr 45» der ETH Zürich zur Kenntnis genommen hat.

«Verkehr 45» wurde vom Bundesamt für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) in Auftrag gegeben, weil das Volk im November 2024 den Ausbau der Nationalstrassen abgelehnt hat und die geplanten Bahnprojekte Mehrkosten in Höhe von rund 14 Milliarden Franken verursachen werden, so dass nicht alle Projekte finanziert werden können.

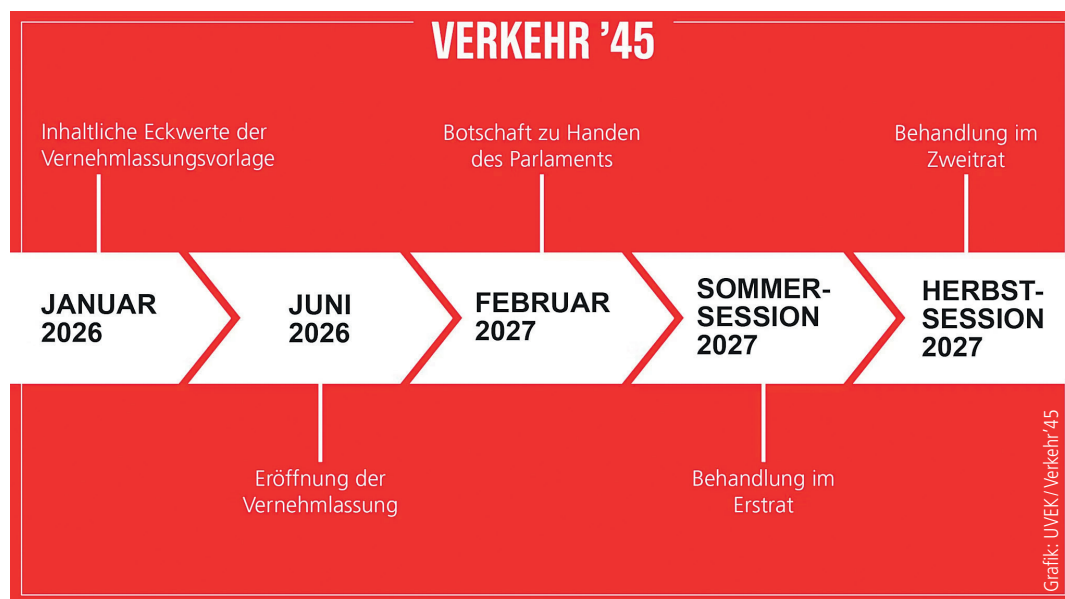
Zwischen 2025–2045 stehen Ausgaben von 9 Milliarden Franken für Nationalstrassenprojekte, 14 respektive 24 Milliarden Franken für Bahnprojekte und 7,5 Milliarden Franken für Agglomerationsprojekte zur Verfügung. Mit einer Priorisierung der Projekte sollen die Mittel so eingesetzt werden, dass ein möglich grosser Nutzen entsteht.

Das UVEK wird dem Bundesrat einen Vorschlag zur Priorisierung der Projekte unterbreiten, dann wird der Bundesrat entscheiden und im Juni 26 eine Vernehmlassung starten. Mit diesem Vorgehen soll eine geordnete, finanzierbare und gesamtheitlich abgestimmte Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur bis 2045 sichergestellt werden.



Désirée Stutz

Selbst. Rechtsanwältin und
Grossrätin SVP



Aus Aargauer Sicht eher ernüchternd ist die Priorisierung der Abschnitte, die unseren Kanton betreffen: Kein einziges Projekt liegt in der Priorität 1, womit keine zeitnahe Umsetzung erfolgen soll. Einige Projekte sollen nach 2045 umgesetzt werden (Sechsspurausbau A1), andere später oder gar nicht (Rheinfelden, Baden, Wohlen).

Nicht überraschend wurden an der Grossratssitzung vom 21. Oktober 2025 gleich vier Vorstösse zu diesem Thema eingereicht. Während mehrere Vorstösse Antworten und Berichte auf die Auswirkung fordern, fordert ein Direktbeschluss den Bund dazu auf, den Sechsspurausbau prioritär einzustufen.

Da der Bundesrat noch gar nicht über die finale Priorisierung der Projekte entschieden hat und die Behandlung in den Räten erst ab Februar 2027 vorgesehen ist, wird sich zeigen, ob mit den Vorstössen im jetzigen Zeitpunkt überhaupt etwas erreicht werden kann, oder ob sie eher dem Wahlkampf von Politikern dienen und die Bürokratie «ankurbeln».

Für die Wirtschaft ist ein funktionierendes Verkehrssystem unabdingbar; es bedarf aber einer ganzheitlichen Betrachtung. Funktioniert der Verkehr in Zürich nicht, bringt auch der

Ausbau der A1 auf sechs Spuren wenig. Dennoch gibt es m. E. gewichtige Argumente, die für einen prioritären Ausbau der Infrastruktur im ganzen Aargau sprechen.

Es gilt daran zu erinnern, dass ein stabiles, ökonomisches Umfeld einer der wichtigsten Standortfaktoren der Schweiz ist. Ein wichtiger Teil davon ist die Schuldenbremse, eine in der Verfassung verankerte Regel zur Stabilisierung der Bundesfinanzen. Nicht selten fordern Politiker vom Bund, Wünschbares von Notwendigem zu trennen, weil sich nicht alles finanzieren lässt.

Genauso ist es mit dem Infrastrukturausbau. Es ist geradezu Aufgabe von Bundesrat und Parlament, die Projekte zu priorisieren und Wünschbares von Notwendigem zu trennen.

Und so wird der Infrastrukturausbau zu einem Musterstück gelebter Demokratie und Schweizer Werte: In einem Vernehmlassungsverfahren werden sich alle einbringen können, bevor der Bundesrat dem Parlament einen Entwurf unterbreitet. Am Bundesparlament ist es dann zu entscheiden, welche Projekte in welcher Priorisierung zu realisieren sind, bevor das Volk bei einem allfälligen Referendum das letzte Wort haben wird.

Hier werden unsere Bundespolitiker gefordert sein. Nicht auf die Lautstärke, sondern auf gute Argumente wird es ankommen und darauf, ob unsere Bundespolitiker genügend Gewicht haben, gut genug vernetzt sind und überparteilich zusammenarbeiten, um einen Vorteil für den Aargau zu erreichen.

Und es wird sich zeigen, ob auch diese Vorlagen am Ende versenkt werden, weil man anderen Regionen die Priorisierung nicht gönnt und dann lieber auf alle Investitionen verzichtet, was für die Wirtschaft schwerwiegende Folgen haben würde.

Aargauer Wirtschaft

Die Zeitschrift des
Aargauischen
Gewerbeverbandes

DIE NÄCHSTEN SCHWERPUNKTTHEMEN

Dezember:

Immobilien

März

Effizienz

Januar/Februar:

Nutzfahrzeuge

April:

Erfolg

Mitglieder sind herzlich eingeladen, Beiträge von allgemeinem Interesse zur Publikation einzureichen.

Informationen zur Einreichung von Beiträgen finden Sie hier



VERBAND FÜHREN. NETZWERK NUTZEN. ZUKUNFT GESTALTEN.

Weitere Auskünfte:

Urs Widmer, Geschäftsleiter
u.widmer@agv.ch
062 746 20 43

Ihr Nutzen:

- Professionelle Geschäftsführung und Administration
- Verbandskommunikation
- Öffentlichkeitsarbeit
- Buchhaltung und Abschluss
- Anlassorganisation und Projektmanagement
- Moderne Infrastruktur
- Verbandsorganisation
- Interessenvertretung für die Anliegen der KMU-Branche



GEWERBEVERBAND FORDERT:

KEINE SONDERPRIVILEGIEN FÜR STAATSANGESTELLTE

Das Präsidium des Aargauischen Gewerbeverbandes (AGV) hat im Rahmen der öffentlichen Anhörung zur Revision des Gesetzes über die Grundzüge des Personalrechts (Personalgesetz, PersG) Stellung genommen. Grundsätzlich unterstützt der AGV Bestrebungen, das kantonale Personalrecht zu modernisieren und den heutigen Rahmenbedingungen anzupassen. Gleichzeitig warnt der AGV jedoch vor Sonderregelungen für Staatsangestellte, die über das in der Privatwirtschaft Übliche hinausgehen.

Positive Punkte

Der AGV hat bei der Prüfung der Revision des Personalgesetzes nicht nur Kritikpunkte geäußert, sondern begrüsst insbesondere folgende Änderungen:

- die Flexibilisierung bei befristeten Anstellungen, insbesondere die Einführung der Kündigungsmöglichkeit bei befristeten Anstellungen. Dies deshalb, da es zum Teil befristete Anstellungen mit langer Anstellungsdauer gibt.
- die Möglichkeit, bei Mitarbeitenden, welche die Anforderungen für die Stelle nicht erfüllen, auf Bewährungsfristen zu verzichten.



Dr. Hans R. Schibli
Konsulent AGV

Diese Möglichkeit soll nur dann bestehen, wenn die Bewährungsfristen ihren Zweck nicht erfüllen. Diese Flexibilisierung ist aus Sicht des AGV richtig, denn die Einhaltung bisheriger rein formeller Bestimmungen ergibt keinen Sinn, wenn aus dem Verhalten des Mitarbeitenden hervorgeht, dass eine Bewährungsfrist kein Sinn macht.

- die Streichung überholter Kriterien, wenn Mitarbeitende Nebenbeschäftigungen oder öffentliche Ämter annehmen wollen.

Kritikpunkte

Der AGV erwartet jedoch vom Regierungsrat, dass folgende Punkte der Revision noch angepasst werden oder zusätzlich in die Revision einbezogen werden:

- **Lohnniveau:** Wie aus bekannten Untersuchungen (IWP) hervorgeht, verdienen Staatsangestellte im Durchschnitt immer noch mehr für gleiche Tätigkeiten. Es bestehen Lohndifferenzen auf allen Ebenen (Bund, Kantone und Gemeinden). Insbesondere in den unteren und mittleren Lohnbändern verdienen Staatsangestellte oft mehr als vergleichbare Angestellte bei KMU. Diese Privilegierungen zulasten des Steuerzahlers sind zu beseitigen, wobei auch der AGV anerkennt, dass es ebenfalls wichtig ist, dass die öffentliche Hand konkurrenzfähige Löhne bezahlen darf. Ansonsten fehlen dem Kanton fähige Mitarbeitende, was sich wiederum aufgrund von Qualitätsmängeln beim Steuerzahlenden bemerkbar macht. Der AGV fordert daher jährlich die Überprüfung **und Anpassung** der Löhne auf das Niveau der KMU-Privatwirtschaft (ein Vergleich im KMU-Kanton mit Grossbanken und Versicherungen ist nicht statthaft).

- **Einführung von Abfindungen bei Auflösung des Angestelltenverhältnisses:** Solche Zahlungen sind in der KMU-Branche absolut unüblich. Sie werden ausnahmsweise bei leitenden Positionen in Banken und Versicherungen gemacht, aber nicht in der KMU-Welt. Der Staat muss auf dem Arbeitsmarkt mit der Privatwirtschaft gleich lange Spiesse haben und darf deshalb seinen Mitarbeitenden keine Sondervorteile zulasten der Steuerzahlenden zukommen lassen. Dieser Vorschlag des Kantons ist klar zurückzuweisen.

- **Bezahlte Arbeitszeit für öffentliche Ämter:** Dass Angestellte bis zu zwei Stunden pro Woche bezahlt freigestellt werden können, während sie gleichzeitig Entschädigungen aus den Mandaten erhalten, ist eine nicht akzeptable Privilegierung gegenüber Angestellten in der Privatwirtschaft. Das Engagement für öffentliche Ämter ist mit neuen Lösungsansätzen ganzheitlich zu entschädigen, sowohl auf kommunaler als auf kantonaler Ebene. Hier ist die Regierung gefordert, kreativ neue Lösungsansätze, z.B. analog der schweizweiten EO-Lösung, zu überlegen und mit den Parteien und Verbänden zu diskutieren. Die aktuelle Regelung der bezahlten Arbeitszeit ist hingegen eine einseitige Privilegierung von Angestellten im öffentlichen Dienst und ist daher revisionsbedürftig.

- **Überhöhte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall:** Statt der vorgesehenen 90 Prozent fordert der AGV eine Angleichung an die Privatwirtschaft mit 80 Prozent Bruttolohn, was den den branchenüblichen Krankentaggeldregelungen entspricht.

- **Verschiebung der Verantwortung bei Weiterbildung:** Im Entwurf zum neuen Personalrecht wird die Verantwortung für die Weiterbildung dem Mitarbeitenden UND dem Staat übertragen. Der AGV steht dezidiert für die Weiterbildung ein und erachtet auch eine finanzielle Beteiligung des Arbeitgebers an der Weiterbildung in gewissen Fällen als sinnvoll. Weiterbildung muss und soll aber die Aufgabe der Mitarbeitenden selbst sein. Sie ist primär eine Frage der Eigeninitiative und Ausdruck von Motivation – es soll nicht dazu kommen, dass der Staat überlegt, welche Weiterbildung wann nun für wen die richtige Lösung ist.

Forderung nach Gleichbehandlung

Der AGV betont in seiner Vernehmlassung mehrfach, dass der Staat auf dem Arbeitsmarkt mit der Privatwirtschaft «gleich lange Spiesse» haben müsse. Sonderregelungen für Staatsangestellte führen zu Mehrkosten für die Steuerzahlenden – die mehrheitlich in der Privatwirtschaft beschäftigt sind und selber nicht von solchen Privilegien profitieren, diese aber über ihre Steuern finanzieren müssen.

Aargauischer Gewerbeverband

Für Auskünfte steht als Kontakt zur Verfügung:

Hans R. Schibli, AGV-Vizepräsident und Konsulent, h.schibli@agv.ch

Weiterbildung muss in der Verantwortung des Mitarbeitenden bleiben!

INTERVIEW MIT DEM PRÄSIDENTEN DES AARGAUISCHEN GEWERBEVERBANDS (AGV) ZUR NEUEN STRATEGIE 2026–2030

DAS GEWERBE BLEIBT DAS RÜCKGRAT DES AARGAUS

Der Aargauische Gewerbeverband (AGV) hat seine neue Strategie für die Jahre 2026 bis 2030 verabschiedet. Sie gibt die Leitlinien vor, wie der Verband das Aargauer Gewerbe in den kommenden Jahren stärken und begleiten will. Die «Aargauer Wirtschaft» hat mit dem AGV-Präsidenten Benjamin Giezendanner über die Hintergründe und Ziele gesprochen.

Benjamin Giezendanner, warum hat der AGV eine neue Strategie erarbeitet?

Unsere Wirtschaft verändert sich rasant: Digitalisierung, Fachkräftemangel, Energiefragen und steigende Regulierung betreffen jedes Gewerbeunternehmen. Wir wollten sicherstellen, dass der AGV auch in Zukunft ein starker, zukunftsgerichteter Partner bleibt. Die Strategie 2026–2030 ist das Ergebnis eines intensiven Prozesses mit unseren Mitgliedern, Verbänden und Partnern. Sie zeigt auf, wie wir das Aargauer Gewerbe wirkungsvoll unterstützen und seine Stimme in Politik und Gesellschaft hörbar machen.

Welche Schwerpunkte setzt die neue Strategie?

Wir konzentrieren uns auf vier zentrale Pfeiler: politische Interessenvertretung, Fachkräfteförderung, Digitalisierung und Innovation sowie Bildung. Diese Themen sind entscheidend, damit unsere KMU auch in Zukunft erfolgreich bleiben. Uns ist wichtig, dass der AGV als Brückenbauer zwischen Wirtschaft, Politik

und Bildung agiert und die Anliegen des Gewerbes mit Nachdruck vertritt.

Wie will der AGV seine Rolle noch stärker wahrnehmen?

Wir werden unsere Präsenz in der kantonalen und kommunalen Politik weiter ausbauen. Dazu gehören klare Positionspapiere, gezielte Medienarbeit und ein aktiver Dialog mit politischen Entscheidungsträgern. Unser Ziel ist es, dass die Perspektive der KMU bei politischen Entscheiden frühzeitig berücksichtigt wird. Ganz wichtig wird dabei die Berufsbildung sein. Mit der Forderung nach einem kantonalen Berufsbildungsfonds versuchen wir, neue Wege im Aargau zu gehen.

Der Fachkräftemangel ist für viele Betriebe eine grosse Herausforderung. Welche Antworten gibt die neue Strategie darauf?

Das Thema Fachkräfte steht ganz oben auf unserer Agenda. Wir setzen uns für eine starke Berufsbildung ein, fördern das Image des Gewerbes und arbeiten eng mit Schulen, Lehrbetrieben und Berufsverbänden zusammen. Junge Menschen sollen sehen, dass eine Lehre im Gewerbe vielfältige und attraktive Karrierechancen bietet. Dazu soll das Format «Schule trifft Wirtschaft» gestärkt und weiter ausgebaut werden.

Energie, Mobilität und Raumplanung sind grosse Schlagworte. Wie geht der AGV damit um?

Der AGV fordert verlässliche Rahmenbedingungen für eine sichere



Benjamin Giezendanner präsentiert die neue AGV-Strategie an der Delegiertenversammlung.

und zukunftsfähige Infrastruktur. Dazu gehören eine CO₂-arme, bezahlbare und technologieneutrale Energieversorgung sowie eine flächendeckende Verstärkung des Stromnetzes, um die wachsenden Bedürfnisse von Gewerbe und Bevölkerung zu decken. In der Mobilität setzen wir uns dafür ein, dass Individualverkehr, öffentlicher Verkehr und Langsamverkehr gleichermassen ausgebaut werden. Für das Gewerbe und den Detailhandel braucht es zudem ausreichend Parkplätze. Neue Bauzonen sollen nur dort entstehen, wo die Verkehrsanbindung stimmt – insbesondere im Zusammenhang mit dem Ausbau der A1 auf sechs Spuren. Ergänzend fordern wir einen kantonalen Infrastrukturfonds für Umsiedlungen sowie gewerbefreundliche Bau- und Nutzungsordnungen,

damit die Betriebe auch künftig Raum für Entwicklung finden.

Wie wird sich der AGV selbst weiterentwickeln, um die Strategie erfolgreich umzusetzen?

Wir werden unsere Organisation modernisieren, die Kommunikation digitaler gestalten und die Zusammenarbeit mit den lokalen Gewerbevereinen intensivieren. Wichtig ist uns der Dialog innerhalb des Verbands – über Generationen und Branchen hinweg. Der AGV soll ein offener, zukunftsorientierter Verband sein, der die Anliegen seiner Mitglieder mit Herzblut, Kompetenz und Schlagkraft vertritt.

Benjamin Giezendanner, vielen Dank für das Gespräch.

BLACHO-TEX AG

Zeltvermietung & Zeltverkauf inkl. Festzubehör | Schutzhüllen & Blachen | Blachen-Seitenwände und Vorhänge inkl. Vorhangzubehör
Schwimmbad-Abdeckungen | Pavillon-Dachblachen nach Mass | Bootsblachen | Blachen-Verdecke für Lieferwagen und Anhänger



www.blacho-tex.ch - Tel. 056 624 15 55



VON DER SCHULBANK INS UNTERNEHMERTUM:

WIE «KNURR» DEN HUNGER NACH ERFOLG STILLT

Schule, Wirtschaft und eine Portion Zucker, das passt erstaunlich gut zusammen. Im Rahmen der YES Company Programme gründen wir, sechs Schüler der Neuen Kantonsschule Aarau, ein eigenes Miniunternehmen namens «Knurr». Wir sind ein Team, das Magenbrot und die Backkunst liebt.

MINIUNTERNEHMEN «KNURR»

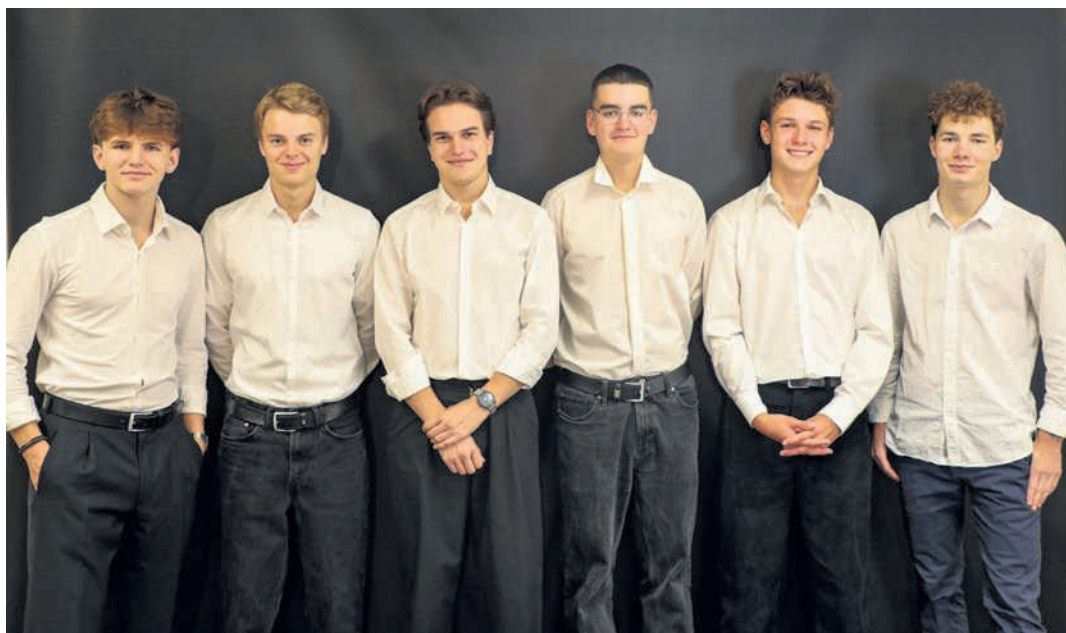
Mithilfe der Lehrpersonen des Schwerpunktfachs Wirtschaft und Recht praktiziert unser Start-up «Knurr» in diesem Schuljahr echtes Unternehmertum: vom ersten Brainstorming über die Investorensuche bis zum Verkauf. Die Idee: mit «Knurr» frisches Magenbrot produzieren, verkaufen und dabei abseits von Schulbüchern unternehmerische Erfahrungen sammeln.

Zurzeit befinden wir uns auf Investorensuche. Um das nötige Startkapital zu sichern, bieten wir Partizipationscheine für Investoren an, die unser Jungunternehmen unterstützen möchten. So kann «Knurr» die Produktion des Magenbrots finanzieren, die Kosten für die Weihnachtsmärkte stemmen und Rohstoffe einkaufen.

Vom Brainstorming zum Magenbrot

Zu Beginn standen Teambildung und Gründung im Fokus. Wir haben als Gruppe zusammengefunden, unsere Rollen verteilt und die ersten Ideen für unser Produkt gesammelt. Danach wurden der Markt und die Konkurrenz analysiert und entschieden, dass wir als «Knurr» Magenbrot herstellen.

Das Magenbrot von uns soll anders sein: von Hand und mit Liebe sowie sorgfältig ausgewählten Produkten und ohne künstliche Zusatzstoffe hergestellt. Qualität und Geschmack stehen an erster Stelle. Auch möch-



Das Team (von links): Jan Marty, Konstantin Kalberer, Maximilian Starck, David Lauper, Matthias Lüthi, Robin Hunziker.

ten wir verschiedene Geschmacks-sorten anbieten, zum Beispiel Orange.

Anschliessend haben wir die Produktion vorbereitet, Gespräche mit Produzenten geführt und verschiedene Rezepturen getestet, um das qualitativ beste Produkt anzubieten. Parallel dazu haben wir uns erste Gedanken zum Verkauf und Marketing gemacht, Verkaufsanlässe geplant und uns auf den direkten Kontakt mit Kundinnen und Kunden vorbereitet sowie Kommunikationskanäle wie TikTok, Instagram, Facebook erstellt und unsere Website aufgebaut.

Unterwegs zu den Weihnachtsmärkten

In der nächsten Zeit steht für «Knurr» vor allem der Verkauf im Mittelpunkt. Wir freuen uns darauf, unser Magenbrot an verschiedenen Weihnachtsmärkten zu präsentieren, unter anderem in Aarau, Wildegg und Olten. Diese Märkte sind die ideale Gelegenheit, um direkt mit Kundinnen und Kunden in Kontakt zu treten, Feedback zu erhalten und unsere Produkte bekannt zu machen.



Neben dem Verkauf an den Märkten möchten wir Miniunternehmer von «Knurr» einen weiteren Schritt wagen und Geschäftskunden ansprechen. Dazu gehören lokale Geschäfte, Cafés oder Unternehmen, die Interesse daran haben, das Magenbrot in ihr Sortiment aufzunehmen oder als Geschenk für Mitarbeitende zu nutzen. Auf diese Weise möchte «Knurr» sich als authentische, regionale und innovative Marke etablieren.

«Schmeckt gut, kostet nichts»

Niemandem gelingt etwas beim ersten Mal auf Anhieb. Auch wir mussten lernen, mit Herausforderungen umzugehen, sei es beim Zeitmanagement, in der Organisation oder in der

Produktion. Aber gerade diese Erfahrungen machen das Projekt so wertvoll. Wir wachsen an unseren Aufgaben und lernen jeden Tag dazu.

Wir blicken voller Vorfreude auf eine spannende und erfolgreiche Zeit mit Knurr. Wer mehr über das Magenbrot und das Start-up erfahren möchte, kann gern auf www.knurrmagenbrot.ch vorbeischaun oder via E-Mail an info@knurrmagenbrot.ch Kontakt aufnehmen. Schmeckt gut, kostet nichts.

Was ist YES?

Young Enterprise Switzerland ist eine Non-Profit-Organisation, die unter der Dachorganisation Ja Worldwide praxisorientierte Bildung im Bereich Wirtschaft fördert. Sie organisiert jährlich unter anderem die Company-Programme wie zum Beispiel «Jugend debattiert» und weitere.

KORREKT KÜNDIGEN

Es gibt angenehmere Aufgaben, als einem Arbeitnehmer, einer Arbeitnehmerin zu kündigen. Umso wichtiger ist, dass man diesen Schritt gesetzeskonform umsetzt. Es ist nicht nur eine Frage des Respekts, es vermindert auch das Risiko für arbeitsrechtliche Auseinandersetzungen.



Bild: Adobe Stock

THIERRY BREM

Wenn die Wege sich trennen, ist es wichtig, die Kündigung rechtskonform abzuwickeln.

In der Schweiz ist das Arbeitsvertragsrecht liberal, der Kündigungsschutz ist im Vergleich mit anderen Industrienationen moderat. Dennoch gelten eine Reihe von rechtlichen Bestimmungen, die zu berücksichtigen sind. Sie sind im Schweizerischen Obligationenrecht (Art. 336 ff. OR) verankert.

Fristen respektieren

Die grosse Mehrheit der Arbeitsverträge wird in der Schweiz unbefristet abgeschlossen, also ohne einen definierten Endtermin. Für sie gelten von Gesetzes wegen Kündigungsfristen, die man nicht unterschreiten darf. In der Probezeit beträgt die Kündigungsfrist sieben Tage auf einen beliebigen Tag. Nach Ablauf der Probezeit beträgt sie im ersten Dienstjahr einen Monat, ab dem zweiten Dienstjahr zwei Monate und ab dem zehnten Dienstjahr drei Monate – und zwar immer auf Ende des Monats. Es gibt Arbeitsverträge, in denen die Kündigungsfrist in gegenseitiger Absprache verlängert wird; dies ist insbesondere bei verantwortungsvollen Positionen häufig der Fall.

Befristete Arbeitsverträge enden automatisch am Ende der vereinbarten Zeit, ohne dass eine Kündigung erfolgen muss. Aber aufgepasst: Wird ein befristetes Arbeitsverhältnis nach Ablauf der vereinbarten Dauer stillschweigend fortgesetzt, gilt es ab diesem Zeitpunkt als unbefristetes Arbeitsverhältnis. Fortan gelten die regulären Kündigungsfristen.

Fristlos kündigen
Fristlos und ohne Einhaltung von Kündigungsfristen kann nur aus wichtigem Grund gekündigt werden. Ein wichtiger Grund besteht, wenn einer Vertragspartei die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses bis zum ordentlichen Kündigungstermin nicht zumutbar ist. Gründe dafür können zum Beispiel schwerwiegende Verfehlungen des Arbeitnehmers sein, etwa eine Straftat am Arbeitsplatz oder das Verraten von Geschäftsgeheimnissen. Weniger schwerwiegende Verfehlungen des Arbeitnehmers, z.B. wenn der Arbeitnehmer ohne guten Grund nicht zur Arbeit erscheint, können nur dann fristlos gekündigt werden, wenn vorab eine Abmahnung erteilt wurde. Es sind ausserdem jeweils die Umstände des Einzelfalls zu prüfen.

Fristlos kündigen

In der Schweiz sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer übrigens nicht verpflichtet, einen Kündigungsgrund zu nennen. Hingegen muss der Kündigende die Kündigung schriftlich begründen, wenn die andere Partei dies verlangt.

oder durch einen Gesamtarbeitsvertrag eine besondere Form – namentlich die schriftliche Kündigung – vereinbart ist. Aus Beweisgründen empfiehlt es sich in jedem Fall, schriftlich mit eingeschriebenem Brief zu kündigen. Wenn man ein Kündigungsschreiben persönlich übergibt, ist es ratsam, die Aushändigung schriftlich quittieren zu lassen. Die Wirksamkeit einer Kündigung beginnt erst, wenn die gekündigte Partei die Kündigung erhalten hat, also zum Beispiel bei der Zustellung durch die Post. Eine Kündigung während der Ferien, die dem Arbeitgeber bekannt sind, wird erst anschliessend wirksam.

In der Schweiz sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer übrigens nicht verpflichtet, einen Kündigungsgrund zu nennen. Hingegen muss der Kündigende die Kündigung schriftlich begründen, wenn die andere Partei dies verlangt.

Überstunden, Ferien, Sperrfristen

Wenn möglich, müssen die Mitarbeitenden verbleibende Ferientage während der Kündigungsfrist beziehen. Dies gilt auch für Überstunden, die mit Freizeit in gleicher Länge auszugleichen sind. Ist dies nicht möglich oder vereinbaren die beiden Parteien etwas anderes, sind die restlichen Ferientage und Überstunden mit der letzten Lohnabrechnung auszuscheiden. Wichtig sind auch die Sperrfristen, die für verschiedene Fälle gelten. Bei Krankheit oder Unfall sind die Mitarbeitenden vor Kündigung geschützt. Eine Kündigung, die wäh-

rend dieser Zeit ausgesprochen wird, ist ungültig. Die Sperrfrist beträgt im ersten Dienstjahr 30 Tage, im zweiten bis zum fünften Dienstjahr 90 Tage und ab dem sechsten Dienstjahr 180 Tage. Sperrfristen gelten auch vier Wochen vor und nach dem obligatorischen Militärdienst, Zivildienst, der mindestens elf Tage dauert. Ferner während einer Schwangerschaft und für 16 Wochen nach der Geburt.

Missbräuchliche Kündigungen

Eine missbräuchliche Kündigung birgt ein doppeltes Risiko. Sie kann zum Rechtsstreit mit dem betroffenen Arbeitnehmer führen, aber auch weitere Kreise ziehen und das Image der Firma beschädigen. Eine Kündigung ist in folgenden Fällen missbräuchlich:

- aufgrund persönlicher Eigenschaften (Geschlecht, sexuelle Ausrichtung, Hautfarbe)
- bei Ausübung von Grundrechten (freie Meinungsäusserung, Religion)
- bei Vereitelung von arbeitsvertraglichen Ansprüchen
- bei Rachekündigung
- wegen obligatorischem Militärdienst, Zivildienst u. ä.
- bei Gewerkschaftszugehörigkeit oder Ausübung gewerkschaftlicher Tätigkeiten
- bei Arbeitnehmervertretern ohne begründeten Anlass
- bei Massenentlassungen ohne Konsultationsverfahren.

Eine missbräuchlich ausgesprochene Kündigung ist zwar wirksam, der Gekündigte hat jedoch Anspruch auf eine Entschädigung.



Vorstandsmitglied des Schweizerischen Treuhänderverbands
TREUHAND/SUISSE Sektion Zürich



RECHTS-TIPP



STURE ÄMTER ODER NICHT KONSEQUENTE GWERBLER?



Dr. Hans R. Schibli
Konsulent AGV

Sachverhalt

Unternehmer A will eine neue Lagerhalle bauen. Er geht zur Bauverwaltung im Dorf und fragt, auf was er achten müsse. Die Beamtin verweist ihn auf die BNO und auf den Nutzungsplan. Unternehmer A ist enttäuscht, denn er hätte gerne konstruktive Tipps erhalten. Die Beamtin macht das aber nicht.

Problem

- Bei baurechtlichen Fragen oder bei steuerlichen Fragen hat der Unternehmer in der Regel Anspruch auf eine verbindliche behördliche Auskunft
- Die Behörden dürfen zu Vorschlägen des Unternehmers nur sagen, ob diese aus ihrer Sicht in Übereinstimmung mit dem Recht sind oder nicht.

- Insbesondere dürfen Behörden nicht beraten oder auf Varianten hinweisen. Erstens verlieren sie damit ihre Unabhängigkeit, andererseits konkurrenzieren sie in unzulässigerweise die Architekten (bei Bauten) oder die Treuhänder (bei steuerlichen Fragen)

Tipps

- Bei Bauten: Mehrere Optionen einreichen und die Behörden um Auskunft zur Bewilligungsfähigkeit der verschiedenen Optionen bitten.
- Bei Steuern: Klare Berechnungen einreichen und die Behörden um Auskunft dazu bitten, ob sie die Steuerfolgen ebenso wie in der Anfrage dargelegt sehen.



Aargauischer Gewerbeverband

Die nächsten Kursdaten

- 9./10./11. und 16./17. Februar 2026
- 16./17./18. und 23./24. März 2026
- 20./21./22. und 27./28. April 2026

Weitere Informationen und Daten finden Sie unter www.berufsbildner-agv.ch.

Berufsbildner/innen-Kurse



- Dauer:** 5 Tage – die Kursdaten sind auf der Homepage ersichtlich
- Ort:** Herzogstrasse 1, Aarau (Nähe Bahnhof und Parkhaus)
- Abschluss:** nach Besuch der 5 Tage erhalten Sie Ihren Kursausweis (ohne Prüfung)
- Kurskosten:** CHF 690.00 (Preis inklusiv Unterlagen / Lehrmittel, keine Einschreibegebühr)
- Rabatt:** CHF 100.00 für AGV-Mitglieder sowie für Lehrbetriebe mit Lernenden in der Branche Dienstleistung und Administration



Die Aargauische Kantonalbank stärkt die lokale Wirtschaft mit nachhaltigen Impulsen

Bereits zum vierten Mal führt die Aargauische Kantonalbank (AKB) mit Unterstützung der Hochschule für Wirtschaft FHNW das AKB Förderprogramm durch. Ein Programm, das zehn ausgewählten Unternehmen aus dem Marktgebiet der AKB die Möglichkeit bietet, sich vertieft mit Nachhaltigkeitsprojekten auseinanderzusetzen.

Nachhaltigkeit ist ein Thema, das in unserem Berufsalltag immer mehr an Bedeutung gewinnt. Ein Thema, das spannend und komplex zugleich ist. Denn bei Nachhaltigkeit geht es nicht «nur» um die Umwelt, sondern auch um soziale Aspekte und eine verantwortungsvolle Unternehmensführung. Entsprechend vielfältig sind die Projekte, welche die zehn Unternehmen, die in diesem Jahr am AKB Förderprogramm teilnehmen, in Angriff genommen haben.

Strategie und Kommunikation im Fokus

Die Mehrzahl der Unternehmen will eine Nachhaltigkeitsstrategie entwickeln. Denn etwas haben viele der teilnehmenden Firmen in diesem Jahr gemeinsam: Sie sind bereits sehr aktiv im Bereich der Nachhaltigkeit, allerdings ohne übergeordnete Strategie und ohne gezielt darüber zu kommunizieren. Das wollen sie mit der Teilnahme am AKB Förderprogramm ändern. Zu diesen Unternehmen gehört beispielsweise die Traditionsfirma Schaefer Schlaepfer AG aus Rothrist, die seit 1947 nichtionische Tenside produziert. Aber es sind auch junge Unternehmen wie die leadXpro AG, ein Spin-off des Paul Scherrer Instituts, das an der Entwicklung neuer Medikamente mitarbeitet, oder der Photovoltaik-Grosshändler Solarmarkt GmbH aus Aarau. Auch sie erarbeiten eine Nachhaltigkeitsstrategie. Genauso wie die Obrist Transporte + Recycling AG, die schweizweit zu den führenden Anbieterinnen für Abfallsammelndienste zählt, und die Vogel Archi-



itekten AG aus Rheinfelden, die Architektur- und Immobiliendienstleistungen anbietet.

Verschiedenste Projektideen

Die pflegimuri setzt sich im AKB Förderprogramm ebenfalls mit einer Nachhaltigkeitsstrategie auseinander, will aber zugleich mit einem weiteren Projekt die Biodiversität im hauseigenen Garten steigern. Die Villmerger Firma Beer Grill AG, die Wärmevertriner herstellt, wagt ein Experiment in der Kreislaufwirtschaft. Gewisse Geräte sollen künftig recycelt oder nach dem Gebrauch wieder instandgesetzt werden. In eine ähnliche Richtung geht es bei der Maler Bieri AG aus Scherz, die Restfarben wieder verwenden will. Die Kurt Frey AG aus Küttigen, die in der Gebäudetechnik tätig ist, erarbeitet die Grundlagen für den Bau eines eigenen, nachhaltigen Gewerbeparks. Die Firma

RUBA Thermoplast, die in dritter Generation geführt wird und hochwertige Drehverschlüsse aus Kunststoff herstellt, will ihre CO₂-Emissionen berechnen.

Den Nerv der Zeit getroffen

Bei der AKB freut man sich über die Diversität der Branchen und Firmen und über die Projekte, die im AKB Förderprogramm realisiert werden. «Die Vielfalt der teilnehmenden Unternehmen bestätigt, dass wir mit unserem Förderprogramm ein aktuelles Bedürfnis adressieren. Nachhaltigkeit ist – für die AKB ebenso wie für viele Unternehmen – zu einem geschäftsrelevanten Thema geworden», sagt Urs Podzorski, Leiter Nachhaltigkeit bei der AKB.

Intensive Zusammenarbeit

Das Ziel des AKB Förderprogramms ist es, die lokale Wirtschaft bei ihren Vorhaben im Bereich der Nachhaltigkeit zu unterstützen. Interessierte Unternehmen können sich für eine Teilnahme bewerben, indem sie ihr geplantes Projekt vorschlagen. Dazu gehört beispielsweise die (Weiter-)Entwicklung einer eigenen Nachhaltigkeitsstrategie, die Umsetzung eines nachhaltigen Projekts oder die Entwicklung einer nachhaltigen Innovation. Die von einer Jury ausgewählten Firmen arbeiten während sechs Monaten intensiv mit den Expertinnen und Experten aus dem Netzwerk der AKB und der FHNW zusammen. Zusätzlich gibt es Workshops, an denen die Unternehmen ein bestimmtes Thema gezielt vertiefen und sich austauschen können. Am Ende wählt eine Jury die drei innovativsten Projekte und würdigt diese am Abschlussanlass.



Mehr Informationen:

akb.ch/foerderprogramm



Aargauer Wirtschaft

Die Zeitschrift des
Aargauischen
Gewerbeverbandes



DER NEUE TARIF 2026 IST ERHÄLTlich!

Gerne senden wir Ihnen
ein Exemplar zu!

056 648 86 99 oder agwi@dapamarkt.ch



Wir freuen uns, mit Ihnen 2026 zusammenarbeiten zu dürfen.

DaPa Media Vermarktungs GmbH, Luzernerstrasse 22, 5620 Bremgarten, Tel. +41 56 648 86 99, agwi@dapamarkt.ch, dapamarkt.ch

Veranstaltungskalender



Montag, 24. November 2025
Meitli-Technik-Tage, ABB Baden



Mittwoch, 26. November 2025
**1. Bildungsforum für Berufs- und
Praxisbildner/-innen,
Berufsfachschule BBB Baden**



Dienstag, 2. Dezember 2025
**Schnupperhalbtage im Kernkraftwerk
Leibstadt**



Donnerstag, 22. Januar 2026
GVR-Berufsmesse, Rothrist



Donnerstag, 29. Januar 2026
**Schnupperhalbtage im Kernkraftwerk
Leibstadt**



Montag, 9. März 2026
**Schnupperhalbtage im Kernkraftwerk
Leibstadt**



Freitag/Samstag, 27./28. März 2026
Berufsmesse Bezirk Rheinfelden



Mittwoch, 1. April 2026
Aargauer Lehrstellenbörse, Aarau



Donnerstag, 9. April 2026
**Schnupperhalbtage im Kernkraftwerk
Leibstadt**



Montag bis Freitag, 4. bis 8. Mai 2026
Woche der Berufsbildung

Weitere Informationen finden Sie unter www.schule-trifft-wirtschaft.ch/veranstaltungen

HOLZBAU SCHWEIZ, SEKTION AARGAU

HERBSTVERANSTALTUNG IN MURI MIT WEGWEISENDEN INFORMATIONEN

Am Mittwoch, 29. Oktober 2025, fand in der voll besetzten Halle 5 in Muri AG die Herbstveranstaltung von Holzbau Schweiz, Sektion Aargau, statt. Über 100 Berufskolleginnen und -kollegen nahmen teil, um sich über aktuelle Themen zu informieren.

CHRIS REGEZ,
CR COMMUNICATIONS GMBH

Präsident Thomas Deppeler dankte in seiner Begrüssung allen Anwesenden für ihr Engagement. Sein Dank ging vor allem an die Ausbildungsbetriebe und das Team des ÜK-Centers in Oberentfelden. Aufgrund der steigenden Zahl Lernender stösst das Center an seine Kapazitätsgrenzen. Deshalb mussten die Kurse teilweise in den Ferien durchgeführt werden. Thomas Deppeler unterstrich deshalb die Wichtigkeit des geplanten Neubaus in Birr. Das Projekt kommt unter

anderem dank dem positiven Austausch mit der Denkmalpflege gut voran. Demnächst sind ein Gespräch mit dem Gemeinderat und eine Infoveranstaltung für die Bevölkerung geplant.

Im ÜK-Center kommt es bald zu einer personellen Veränderung. Peter Allenspach übernimmt ab Januar 2026 die Leitung von Thomas Meier, der in den Ruhestand tritt. Er bleibt

jedoch weiterhin in einem Teilzeitpensum an Bord.

Die Nachwuchsförderung ist weiterhin ein zentrales Thema. So wird der Lehrlingswettbewerb gemäss Michi Meer auch im nächsten Jahr durchgeführt. Thomas Attiger gab Einblick in die LAP 2026. Sie wird praktische Prüfungsinhalte zu Arbeitsvorbereitung, Abbinden/Aufrichten/Dachmodell sowie Vorfertigung aufweisen.

Heiri Bösch, Schweizerische Bau- schule Aarau, präsentierte das Quereinsteigerkonzept zur Weiterbildung von Berufsleuten Richtung Bauführung Holzbau HF.

Beim Apéro und Abendessen bot sich Gelegenheit für regen Austausch und Networking.



Bild: ZVG

Aktuelle Visualisierung des neuen ÜK-Centers in Birr.

PAROLENSPIEGEL

Präsidium und Vorstand des Aargauischen Gewerbeverbands (AGV) haben anlässlich der Sitzung vom 22. Oktober 2025 folgende Parolen für die bevorstehenden Abstimmungen vom 30. November 2025 gefasst:

Abstimmungen vom 30. November 2025

Eidgenössische Vorlagen

Parole

Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)»

NEIN

Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)»

NEIN

Nachfolge sichern

mit kompetenter Unterstützung und Verstärkung

Business Consulting | Interim Management | Executive Search | Business Services

aviando

aviando.ch



MOTIVATION, MENTALTRAINING UND SCHREINERKUNST HAUTNAH

Der Gewerbeverein Reusstal lud zum jährlichen «S Gwerb vor Ort» in den modernen Showroom der Firma Nerozzi + Rösch Schreinerei ein. Es war ein Abend voller Energie, Inspiration und spannender Einblicke.

PASCAL HUFSCHMID, PRÄSIDENT
GEWERBEVEREIN REUSSTAL

Netzwerkanlass

Nach einem Willkommensdrink und einer kurzen Begrüssung durch Präsident Pascal Hufschmid, der aktuelle Infos aus dem Verein präsentierte, übernahm Peter Rösch, Geschäftsführer von Nerozzi + Rösch, das Wort. Er gab spannende Einblicke in die Schreinerkunst seines Unternehmens, berichtete von der Firmengeschichte, der Philosophie und unter-



Präsident Pascal Hufschmid, Rocco und Roy Cipriano und Vorstandsmitglied Martin Nietlispach, der als ehemaliger Weltklassejudoka die zwei Kampfsportler für den Abend gewinnen konnte.

strich die Bedeutung der Lehrlingsausbildung.

Der Höhepunkt des Abends: Vater Rocco und Sohn Roy Cipriano, Kick-

Herausforderung meistern kann. Ganz nach dem Motto **«Aufgeben ist keine Option»**. Im Anschluss führten die beiden Kampfsportler die Teilnehmenden durch verschiedene Übungen. Die Wirkung war sofort spürbar: mehr Energie, gesteigerter Fokus und die Bereitschaft, Herausforderungen nicht mit Nervosität, sondern mit gesunder Spannung und viel Motivation anzupacken.

Nach dem Vortrag beantworteten Rocco und Roy Cipriano Fragen, bevor es top motiviert zum Apéro und zu einem Rundgang durch die beeindruckende Schreinerei mit modernen Maschinen und Materialien ging.

Bis spätabends wurde diskutiert, wurden Netzwerke gepflegt und der gelungene Anlass gefeiert – voller Elan und Inspiration.



Gespannt folgen die Mitglieder dem Vortrag der Profisportler.



Peter Rösch gewährte spannende Einblicke in seine Schreinerei.



Moderner Showroom in Nesselbach.



Blick hinter die Kulissen der Werkstatt.

DAS WORT DES PRÄSIDENTEN

WER SÄT, DER ERNTET – FACHKRÄFTE FALLEN NICHT VOM HIMMEL



Die Personalsorgen sind real – und sie treffen das Rückgrat unserer Wirtschaft

Die KMU sind das Rückgrat der Aargauer Wirtschaft – sie tragen Verantwortung, schaffen Arbeitsplätze und sichern Innovation. Doch wer heute eine Werkstatt, ein Ingenieurbüro oder ein Labor leitet, weiss: Es wird immer schwieriger, motivierte und gut ausgebildete Fachkräfte zu finden. Nachwuchsgewinnung, Weiterbildung, Nachfolgeplanung – das sind die echten Zukunftsthemen. Im Barometer nennen 44 Prozent der Befragten Personalfragen und Fachkräftemangel als ihre derzeit grösste Herausforderung, deutlich vor finanziellen Sorgen oder Bürokratie. Diese Zahlen sind kein Ausdruck von Pessimismus, sondern ein Weckruf. Denn hinter jeder Statistik stehen Menschen, Betriebe und Regio-

nen, die nach Lösungen suchen. Und die gibt es – wenn man sie mit Überzeugung sät.

Science Week – ein leuchtendes Beispiel für «Schule trifft Wirtschaft»

Ein solches Beispiel ist die **Science Week**, die in enger Zusammenarbeit der Kreisschule Chestenberg, der Gemeinde Möriken-Wildegg und DOTTIKON ES zum zweiten Mal durchgeführt wurde. Drei Tage lang tauchten 36 Schülerinnen und Schüler der 7. bis 9. Klassen in die faszinierende Welt von Chemie, Technik und Wirtschaft ein.

Während der Woche standen abwechslungsreiche Besuche und Lernstationen auf dem Programm: vom **Technorama Winterthur** über die **CKW Energiewelt Emmen** bis zu spannenden Praxiseinblicken bei **DOTTIKON ES**. Dort konnten sich die Jugendlichen ein Bild von der Produktion von pharmazeutischen Wirkstoffen machen – anschaulich erklärt am Beispiel des *Guetzlibackens*. Die Berufsbildner zeigten, wie viele verschiedene Berufe – von Laboranten

über Elektriker bis zu kaufmännischen Lernenden – nötig sind, um ein Unternehmen erfolgreich zu führen.

Den Abschluss bildete das Format **«Triff den CEO»**: Die Schülerinnen und Schüler durften Markus Blocher mit Fragen löchern – und bekamen nicht nur ehrliche Antworten, sondern auch wertvolle Lebensweisheiten und sogar einen kleinen Crashkurs in Betriebswirtschaft. Sie erfuhren, dass es im Leben oft wichtiger ist zu wissen, *was man nicht will*, als zu früh alles wissen zu müssen. Zum Mitnehmen gab es eine DOTTIKON-Cookies-Backmischung – als süsse Erinnerung an die Verbindung zwischen Chemie, Handwerk und unternehmerischem Denken.

Die Aargauer KMU stehen fest im Wind, aber sie wissen: Erfolg wächst nur dort, wo man sät. Die **Science Week** ist ein leuchtendes Beispiel dafür – ein Samen, der junge Menschen begeistert und Unternehmen verbindet.

Benjamin Giezendanner,
Präsident AGV



BUNDESRAT BRÄNDLI



TOP-ADRESSEN

Aargauer-Top Auto + Fahrzeug Spezialist

Parkschaden? Kollision? Zäng-parkiert?

Carrosserie + Spritzwerk Maier GmbH
5233 Stilli – www.maiercarrosserie.ch

Abdeckblachen/Hüllen/Seitenwände

Blacho-Tex AG

Vorstadt 6, 5607 Hägglingen
Tel. 056 624 15 55
www.blacho-tex.ch, info@blacho-tex.ch

Anzeigenverkauf

DaPa Media Vermarktungs GmbH

Luzernerstrasse 22, 5620 Bremgarten
Tel. 056 648 86 99
www.dapamarkt.ch, agwi@dapamarkt.ch

Apparate-Küchen-Innenausbau

Jordi-Plan GmbH, Fischbach-Göslikon

Apparate-Küchen-Innenausbau-Planung
www.jordi-plan.ch, info@jordi-plan.ch
056 511 25 40 / 079 774 41 57

Architektur

Buser + Partner AG – Dipl. Arch. ETH/SIA

Neubau / Umbau / Restaurationen
Planung / Ausführung / Bauberatung
Jurastrasse 2, 5000 Aarau
www.buserundpartner.ch, 062 822 72 82

Beratung / Information

ask! – Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf

Berufsberatung, Studienberatung,
Jugendpsychologischer Dienst,
Laufbahnberatung für Erwachsene.
Aarau, Baden, Rheinfelden, Wohlen.
www.beratungsdienste.ch

Camino Consulting AG

Organisationsentwicklung, Moderation
Mediation und Konfliktlösung
Bahnhofstrasse 41, 5000 Aarau
www.camino-consulting.ch
079 622 63 47

Standortförderung Kanton Aargau

Beratung von Unternehmen bei Standort-
fragen, Start-up- und Gründungsberatung,
Unterstützung bei der Standortsuche, Support
bei Fragen an die kantonale Verwaltung,
wenn die Anlaufstelle nicht bekannt ist.
Telefon +41 62 835 24 40
E-Mail: standortfoerderung@ag.ch
www.aargau.swiss

Beschriftungen/Plakatdruck

Eggner Productions GmbH

Stüsslingerstrasse 91c
5015 Erlinsbach SO
Tel. +41 62 849 57 77
www.eggner.ch

Büroservice

Belinda Walker GmbH

Büroservice (Sekretariat, Assistenz,
Personalwesen, Buchhaltung)
5212 Hausen AG – www.belinda-walker.ch

Bürogeräte / Technik / EDV

SRC-Büromaschinen AG, 5413 Birnenstorf

Handel sowie Service und Reparaturen
von Büromaschinen Beratung, Reparatur,
Verkauf, Installationen oder Garantiehändler
Tel. 056 225 29 29
E-Mail: info@src-ag.ch/www.src-ag.ch

Drucksachen

Oeschger Druck AG

Ocostrasse 20, 5330 Bad Zurzach
Telefon 056 249 12 22
info@oeschgerdruck.ch / oeschgerdruck.ch
Offset- und Digitaldruck / Heissfolienprägung

Firmen-Nachfolge-Verkauf

ANSATZ AG Firmen-Nachfolge-Verkauf

Firmenverkauf, Bewertungen, Gutachten,
Optimierung, Nachfolgersuche nat. int.
5330 Bad Zurzach – 056 265 00 58
www.firmen-nachfolge-verkauf.ch

Immobilien

Portmann Consulting GmbH

8966 Oberwil-Lieli, Juchächerstr. 11
IMMOBILIENVERKAUF
Attraktive Konditionen+Top-Referenzen
www.portmannconsulting.ch, 079 281 51 85

Kaminfeger

APT Kaminfeger GmbH

Leimattweg 29, 5018 Erlinsbach
062 844 02 62, kaminfeger@tischhauser.ch
www.tischhauser.ch

Kundengeschenke

FAIBLE MOMENTS by Cornelia Märki

Edle, exklusive und personalisierbare Holzkerzen-
Unikate. Ideal für Kundengeschenke.
Cornelia Märki, Telefon +41 76 682 94 00
www.faible-moments.ch

Nachfolge / Strategie

Zukunft sichern | continuum.ch |

Nachfolge & Strategie für Familien- unternehmen

Familienstrategie und Generationenmanagement
Finanzmanagement für Ihr Familienunternehmen
Staufen | matt.moser@continuum.ch |
T 079 919 8509

EDV / Sicherheit

we connect ag 056 437 29 00

Gute Beratung, innovative Lösungen, flexibel
in der Umsetzung. Lassen Sie sich begeistern!
Landstrasse 175, 5430 Wettingen
info@wcon.ch – www.wcon.ch

RN IT-Unit AG

Ihr Partner in der Region Lenzburg seit 1992

ICT-Lösungen für KMU. Persönlich und individuell.
Bahnhofstrasse 18, 5600 Lenzburg
062 552 09 19 – info@mitunit.ch – www.mitunit.ch

xinfra IT-Services für KMU

IT-Infrastruktur, Telefonie, Cybersecurity
Cloud, Microsoft 365, Beratung und Support
www.xinfra.ch | 056 544 22 22

Sicherheitsdienst

Special Protect AG

Patrouillen- und Sicherheitsdienst / Bewachung /
Observationen / Ordnungsbussen-Inkasso
Bahnhofstrasse 41, 5000 Aarau
info@special-protect.com, Tel. 058 508 10 20
Mit Sicherheit mehr Schutz

Social Media Marketing

Märketing GmbH

Verhaltenswissenschaftliches Social Media- &
Marketing.
Stefan & Cornelia Märki
Telefon +41 79 355 85 51, www.maerketing.ch

Treuhand

ARBEST Treuhand AG

AbschlussRevisionBeratung
ExpertisenSteuernTreuhand
Bahnhofstrasse 64 – 4313 Möhlin
www.arbest.ch, Tel. 061 855 20 00

Übersetzungen / Informatikkurse/Support

BBS Office GmbH

5610 Wohlen
www.bbsoffice.ch / 056 610 03 93

Verpackungen

BETSCHART KARTONAGEN AG

Alles aus Karton: Klein- und Grossanfertigungen
www.betschartag.ch
mail@verpackung-beka.com, Tel. 056 622 12 32
5610 Wohlen

Wasserenthärtung / Schwimmbadbau

watercompany.ch AG

Ihre Experten für Kalkprobleme im
Haushalt und alles rund ums Schwimmbad
Bruneggerstrasse 45, 5103 Möriken AG
www.watercompany.ch, Tel. 062 893 44 44
info@watercompany.ch

Zelt- und Zubehörvermietung

Blacho-Tex AG

Vorstadt 6, 5607 Hägglingen
Tel. 056 624 15 55
www.blacho-tex.ch, info@blacho-tex.ch

Zimmerei – Schreinerei

R. Saxer Holzbau GmbH

Zimmerei – Schreinerei – Bedachungen
Unterdorfstrasse 21, 5607 Hägglingen
T 056 624 11 54, info@saxerholz.ch
www.saxerholz.ch



Ideen. Fragen. Antworten.

Brugg | 056 560 50 50 | hightechzentrum.ch

TOP-ADRESSEN

Telefon 056 648 86 99

www.dapamarkt.ch, agwi@dapamarkt.ch

DER AARGAU STELLT SICH VOR

DER GUTE RUF EILT VORAUSS

Peter und Monika Kreienbühl-Güntensperger führen die Metzgerei Kreienbühl AG seit 2003 in zweiter Generation. Ihre Wurstwaren wie Cervelat, Fleischkäse und Wienerli wurden 2024 vom Schweizer Fleisch-Fachverband SFF mit der Goldmedaille ausgezeichnet. Auch in ihrer Zweigstelle in Reiden LU sind die Wurstwaren beliebt.

EVELINE FREI

Herr Kreienbühl, Sie haben den Beruf Ihres Vaters erlernt. Welche Beweggründe standen hinter Ihrer Entscheidung?

Persönliche Leidenschaft und familiäre Verbundenheit haben eine Rolle gespielt. Schon früh sah ich, wie leidenschaftlich meine Eltern ihren Beruf ausübten. Das hat mich geprägt und mein Interesse geweckt. Gleichzeitig war es mir wichtig, das Geschäft fortzuführen und die Werte, die mir meine Eltern vermittelt haben, weiterzutragen.

Sie engagieren sich auch stark in der Berufsbildung. Wie hat sich Ihr Beruf im Laufe der Zeit verändert?

Einerseits unterstützen heute moderne Maschinen und digitale Prozesse unseren Arbeitsalltag, andererseits lag der Fokus früher vor allem auf dem handwerklichen Können. Heute spielen Themen wie Nachhaltigkeit, Tierwohl, Lebensmittelhygiene und bewusste Ernährung eine immer grössere Rolle. Der Metzger von heute ist nicht nur Handwerker, sondern auch Berater, Verkäufer und oft sogar Botschafter für regionale Qualität.

Sie betreiben einen eigenen Schlachthof. Wie adressieren Sie potenzielle Bedenken von Kundinnen oder Kunden gegenüber diesem Tabu-Thema?

Wir sind überzeugt, dass ehrliches Handwerk und ein bewusster Umgang mit dem Tier der richtige Weg sind, um Vertrauen zu schaffen und Fleischprodukte mit gutem Gewissen anbieten



Eingangsbereich der Metzgerei Kreienbühl AG an der Langenthalerstrasse 10 in Vordemwald.

zu können. Das Thema Schlachtung ist in unserer Gesellschaft oft mit starken Emotionen verbunden. Uns ist wichtig, offen und respektvoll damit umzugehen. In unserem eigenen Schlachthof legen wir grössten Wert auf Tierwohl, kurze Transportwege und eine stressfreie Schlachtung. Das beginnt schon bei der Haltung der Tiere und der Zusammenarbeit mit unseren regionalen Landwirten. Wir stehen voll und ganz zu unserer Verantwortung, denn wer Fleisch verarbeitet, muss auch bereit sein, den ganzen Weg zu gehen.

Wie stehen Sie zu pflanzlichen Ersatzprodukten oder tierischen Fleischersatzstoffen?

Wir verfolgen diese Entwicklungen mit Interesse und sehen diese Produkte nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung. Für uns steht aber fest: Ein hochwertiges Stück Fleisch oder eine gute Wurst lässt sich nicht einfach eins zu eins ersetzen, vor allem nicht, wenn man den handwerklichen Aspekt und den Geschmack berücksichtigt.

Sie bilden zurzeit zwei Fleischfachleute aus. Welche Aspekte machen Ihren Beruf für Jugendliche interessant?

Wir legen grossen Wert auf handwerkliche Tradition, frische Zutaten aus der Region und sorgfältige Verarbeitung. Gleichzeitig bleiben wir offen für neue Ideen und entwickeln unsere Produkte ständig weiter, um

den hohen Ansprüchen gerecht zu werden und Kundinnen und Kunden positiv zu überraschen.

Die Metzgerei Kreienbühl ist für gute Wurstwaren bekannt. Wie gehen Sie damit um, dass Kunden hohe Ansprüche haben, sobald Ihr Name fällt?

Wir freuen uns natürlich sehr, wenn unser Name mit Qualität und guten Wurstwaren verbunden wird. Das ist für uns nicht nur ein grosses Kompliment, sondern auch eine Verpflichtung. Wir wissen, dass unsere Kundinnen und Kunden hohe Erwartungen haben und genau das motiviert uns jeden Tag, unser Bestes zu geben.

Fühlt sich der gute Ruf wie Druck an oder eher als Bestätigung?

Ein guter Ruf ist für uns in erster Linie eine schöne Bestätigung, dass sich unsere Arbeit lohnt. Natürlich steckt auch eine gewisse Verantwortung dahinter, schliesslich möchten wir, dass unsere Kundinnen und Kunden immer zufrieden sind und die Qualität

bekommen, die sie von uns erwarten. Es motiviert uns, jeden Tag mit Leidenschaft und Sorgfalt zu arbeiten und das Vertrauen, das man in uns setzt, immer wieder zu bestätigen.

Hypothetisch gesehen, wenn der SFF als äquivalent zu Michelin-Sternen gesehen wird, was bedeuten Ihnen die «Drei-Sterne» für Ihre Wurstwaren?

Für mich persönlich ist es eine Bestätigung, dass sich Leidenschaft, Konsequenz und Qualität über viele Jahre auszahlen. Für unser Unternehmen ist es der Erfolg eines tollen Teams, das mit Herzblut hinter jedem Produkt steht. Wir sehen die Auszeichnung aber nicht als Endpunkt, sondern als Motivation, weiterhin das Beste zu geben und uns ständig weiterzuentwickeln.

Nächstes Jahr können Sie 60 Jahre Metzgerei Kreienbühl feiern. Haben Sie dafür eine spezielle Jubiläumswurst kreiert?

Ja, wir haben verschiedene Aktivitäten geplant, deren genaue Ausgestaltung derzeit noch in Planung ist. Uns ist es wichtig, dieses Jubiläum würdig zu begehen und unseren Kundinnen und Kunden für ihre langjährige Treue und das Vertrauen zu danken, das sie uns seit so vielen Jahren entgegenbringen.

Welche Version der AGWI lesen Sie?

Wir lesen jeweils die Printversion der «Aargauer Wirtschaft».

Zu den Personen

Peter und Monika Kreienbühl-Güntensperger sind ein eingespieltes Team. Peter Kreienbühl war früher lizenzierter Rennradfahrer; diese Leidenschaft lässt er sich auch heute, wenn Zeit bleibt, nicht nehmen. Sie ist sein idealer Ausgleich zum Berufsalltag.



Gewinner gesucht

Am 23. April 2026 vergeben der Aargauische Gewerbeverband und die Aargauische Kantonalbank zum 19. Mal den Aargauer Unternehmenspreis

Kategorien

Bestes Aargauer Unternehmen regional

Bestes Aargauer Unternehmen national

Leuchtturmpreis

Für nachhaltig-innovative Projekte

Der Sonderpreis ehrt herausragende Projekte in den Bereichen «Soziales», «Ökologisches» und «Wirtschaftlichkeit». Ausgezeichnet werden umgesetzte Projekte, die in Kleinstunternehmen oder einem Weltkonzern entstanden sein können und sich voll und ganz um innovative Nachhaltigkeit drehen.

**AARGAUER
UNTERNEHMENS-
PREIS**



**Aargauische
Kantonalbank**

2026



Schlagen Sie Ihren Favoriten vor oder melden Sie Ihr eigenes Unternehmen bis am 30. November 2025 an:

unternehmenspreis.ch